

Nordrhein-Westfalen **Landtag** **intern** 9

G 2382



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 33. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 9.7.2002



Biergärten bis Mitternacht öffnen — das haben die Liberalen im Landtag vorgeschlagen — „zu einem florierenden Stadtwesen gehört eine florierende Gaststättenkultur“ heißt es in dem entsprechenden FDP-Antrag, der im Plenum zur Debatte stand. Das Ausgehverhalten der Menschen habe sich geändert, meint die Fraktion, und dem trage die gegenwärtige Vorschriftenlage mit der starren Sperrstundenbestimmung nicht mehr Rechnung, dass zum Schutz der Nachtruhe um 22 Uhr in der Außengastronomie Schluss sein muss. Der Landtag hat den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU abgelehnt. — Unser Bild zeigt einen Biergarten am Düsseldorfer Rheinufer.
Foto: Schälte

Die Woche im Landtag

PISA **Seite 3**

„Wir nehmen die Herausforderung an“ — unter diesem Motto debattierten die Abgeordneten auf Antrag der SPD die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie.

Sondersitzung **Seite 4/5**

Auf Antrag der Opposition ist der Landtag zu einer Sondersitzung zusammengerufen. Einziger Tagesordnungspunkt: Fortsetzung und Vertiefung der PISA-Debatte.

Gewalt **Seite 11**

Wie der Gewalt in Gesellschaft und Medien beizukommen ist, darüber hat sich der Hauptausschuss von Sachverständigen informieren lassen.

Korruption **Seite 13**

Im Kampf gegen Korruption kann man sich nicht nur auf das Strafrecht verlassen. Präventionsmaßnahmen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft und gesellschaftlicher Diskurs werden immer wichtiger.

„Duisport“ **Seite 15**

Als Erfolgsmodell sind dem Verkehrsausschuss Kohle- und Containerumschlag in Duisburg und Logport Rheinhausen vorgestellt worden.

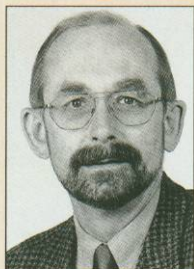
Wort und Widerwort:

Welche Auswirkungen hat die Reform des Dienstrechts für unsere Hochschulen?

Der alte Königsweg zum Professorenamt, die oft zeitraubende Habilitation, soll künftig nicht mehr der einzige sein, um an den Hochschulen forschen und lehren zu können. Was der neue „Juniorprofessor“ und die anderen beschlossenen Dienstrechtsänderungen an den Hochschulen des Landes bewirken, loten die Fraktionen aus. Öffnung für die Zukunft, Verjüngung des Lehrkörpers oder nur steigende Unsicherheit und Halbherzigkeit — die Meinungen der Fraktionen sind geteilt.
(Seite 2)

Von Dietrich Kessel (SPD)

Mit dem neuen Hochschuldienstrecht und der Reform der Professorenbesoldung werden wichtige Weichen dafür gestellt, dass die Hochschulen und Forschungseinrichtungen unseres Landes im internationalen Wettbewerb



auch zukünftig bestehen können.

Die Juniorprofessur als zukunftsweisender und praxisgerechter Qualifikationsweg räumt dem wissenschaftlichen Nachwuchs mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung ein und führt zu einer Senkung des Eintrittsalters für die Erstberufung auf eine Professur von etwa zehn Jahren. Damit stellt sie auch im internationalen Vergleich eine attraktive Alternative zur — in Ausnahmefällen auch in Zukunft möglichen — Habilitation dar. Eine Habilitation wird zwar auch in Zukunft möglich, für eine Berufung als Professorin oder Professor auf Lebenszeit aber nicht mehr erforderlich sein.

Mit der Einführung eines neuen Systems für die Besoldung der Hochschullehrerinnen und -lehrer wird dem Leistungsprinzip stärker Rechnung getragen und werden die Voraussetzungen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschul- und Forschungseinrichtungen verbessert. Im Dialog mit den Hochschulen werden Bewertungskriterien für die Qualität von Forschung und Lehre erarbeitet. Das Land sollte sich dabei auf die Regelung von Rahmenbedingungen beschränken und so viel Entscheidungsmöglichkeiten wie möglich den Hochschulen überlassen.

Das neue Recht zu den befristeten Arbeitsverträgen eröffnet den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenso wie den Personalverwaltungen klare Planungsperspektiven. Dies ist auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Es ist nicht akzeptabel und den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch nicht zuzumuten, sich von einem nicht abgesicherten Beschäftigungsverhältnis zum nächsten zu hangeln.

Von Prof. Dr. Friedrich Wilke (FDP)

Die künftige Beschränkung der Tätigkeitsdauer von Nachwuchs-Wissenschaftlern an Hochschulen auf zwölf beziehungsweise 15 Jahre ist zwar grundsätzlich nicht falsch, ohne Ausnahmen in besonderen Fällen und ohne flexible Handhabung in der Praxis indes nicht akzeptabel.



Als mögliche Folge einer starren Regelung könnten wir in den nächsten Jahren die Abwanderung qualifizierter Nachwuchswissenschaftler ins Ausland erleben.

Autonome Hochschulen müssen selbst entscheiden können, in welchem Zeitrahmen sie wissenschaftliches Personal beschäftigen. Sie sollten darüber entscheiden können, zu welchen Konditionen sie Professoren entlohnen und deren Leistungen prämiieren. In diesem Zusammenhang muss der Beamtenstatus auf den Prüfstand. Nur so kann Deutschland seine Chancen im Wettbewerb um international anerkannte Spitzenwissenschaftler verbessern.

Die FDP begrüßt die Einführung der Juniorprofessur als zusätzliches Instrument eines flexibleren Einstiegs in die wissenschaftliche Berufslaufbahn. Die faktische Abschaffung der Habilitation im neuen Hochschuldienstrecht ist jedoch überflüssig und schädlich. Beide Wege sollten möglich sein. Wir können es dann den Hochschulen überlassen, im Wettbewerb untereinander zu entscheiden, in welchen Bereichen sie ihren akademischen Nachwuchs wie qualifizieren möchten.

Wir brauchen insgesamt eine Kultur von Autonomie und Wettbewerb auch im Hochschulbereich; wir brauchen eine von staatlichen Fesseln befreite Hochschule. Gerade in diesen Punkten geht die Dienstrechtsreform leider nur halbherzige Schritte ohne Mut zu grundsätzlichen Reformen.

Von Manfred Kuhmichel (CDU)

Die mit der 5. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) eingeleitete Dienstrechtsreform engt unsere Hochschulen mit einem komplizierten Regelwerk ein. Schon kurz nach der Unterzeichnung musste sie durch eine 6. Novelle korrigiert werden. — Die Dienstrechtsreform hat Unsicherheit ausgelöst: Gerade die neue Befristungsregelung nach § 57 HRG sorgt eher für einen Auszug der Wissenschaftler. Dass die Korrektur eine Übergangsregelung bis 2005 vorsieht, ist gut. Aber Habilitierte haben keine Möglichkeit, die Zeit bis zur Erstberufung zu überbrücken. Langfristige Forschungsprojekte werden durch hohe Fluktuation gefährdet. Qualifizierte Wissenschaftler haben also nur begrenzte Perspektiven. — Die Juniorprofessur ist eine Möglichkeit für junge Nachwuchswissenschaftler, früher Verantwortung an einer Hochschule zu übernehmen. Doch hat der Gesetzgeber nicht über die Bedingungen nachgedacht. Ob eine sofortige Übernahme von allen Verpflichtungen eines ordentlichen Professors — Vorlesungen, Forschung, Veröffentlichungen, Betreuung von Doktoranden und Diplomanden, Verwaltung — der Qualität zuträglich ist, muss man bezweifeln. Auch Frauen, die Familie und Beruf vereinbaren möchten, haben das Nachsehen; ihr Anteil unter den Professoren wird wieder zurückgehen. — Die Besoldungsreform bietet letztlich keine attraktiven Gehälter und wird eher einen Wegzug von Wissenschaftlern bewirken. NRW muss diese Vorgaben nun forschungsfreundlich und verlässlich umsetzen. Die Arbeit muss nun beginnen. Dazu hat die CDU einen Antrag gestellt, dem eine Anhörung folgt.



Welche Auswirkungen hat die Reform des Dienstrechts für unsere Hochschulen?

Von Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

Die von der rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebrachte Reform des Dienstrechts eröffnet die Möglichkeit, den anstehenden Generationswechsel an den Hochschulen zu nutzen, um unsere Hochschulen fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft: Die Reform des Dienstrechts wird unsere Hochschulen jünger machen.



Mit der Einführung der Juniorprofessur werden junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler früher als bisher über wissenschaftliche Unabhängigkeit und Freiheit verfügen. Dabei ergibt sich insbesondere die Chance, auch dem von Bund und Ländern vorgegebenen Ziel, bis 2005 eine 40 %-Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen des wissenschaftlichen Qualifikationsprozesses zu erreichen, näher zu kommen.

Die Reform des Dienstrechts wird unsere Hochschulen offener machen. Mit der Abschaffung der Habilitation als Voraussetzung für eine Professur können Erfahrungen aus Tätigkeiten an außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Forschungstätigkeiten im Ausland sowie aus beruflichen Tätigkeiten in der Wirtschaft und auch in der Gesellschaft die Lehre und Forschung an den Hochschulen stärker als bisher beleben und bereichern. Die Reform des Dienstrechts wird unsere Hochschulen internationaler machen.

Mit der Abschaffung der Habilitation als Regelvoraussetzung verbessern wir auch die Möglichkeiten, ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in unser Land zu holen und die Abwanderung exzellenter junger Nachwuchskräfte ins Ausland zu verhindern.

Hitzige Debatte über das Abschneiden von Nordrhein-Westfalen im Bildungvergleich

Auf Antrag der SPD hat sich am 28. Juni der Landtag in kontroverser Diskussion mit dem Abschneiden des Landes NRW im Bildungvergleich zwischen den Bundesländern (PISA-E) auseinander gesetzt.

Brigitte Speth (SPD) sagte, ihre Fraktion habe die Aktuelle Stunde beantragt, um „ungeschminkt und offen“ über das Ergebnis von Nordrhein-Westfalen zu sprechen. Es gehe auch darum, erste Ansatzpunkte für eine Verbesserung in den Schulen zu benennen. Bayern sei kein Vergleich — die Herausforderung liege darin, „den Anschluss an die internationale Spitze zu gewinnen“, betonte sie. Dazu sollten unter anderem der Bildungsauftrag von Kindergärten gestärkt, die Förderung in der Grundschule individuell, gezielt und verbindlich erfolgen, die Zahl der Ganztagschulen im Grundschulbereich erhöht, die Ressour-

kenntnisse in die Perspektivlosigkeit entlassen. Recker: „Sozialdemokratische Bildungspolitik führt nicht nur ins Mittelmaß, sie ist auch unsozial. In keinem anderen Bundesland ist der Leistungsabstand so groß wie bei uns in NRW.“ Recker signalisierte der SPD die Bereitschaft seiner Fraktion, „mit Ihnen gemeinsam die Ergebnisse zu analysieren und ergebnisoffen entsprechende Konsequenzen zu ziehen“. Bildung müsse endlich Vorfahrt erhalten.

Ralf Witzel (FDP) erinnerte an schlüsselige Konzepte seiner Fraktion, „mit denen wir heute im Bildungsbereich weit besser dastehen würden“. Der Ministerpräsident sollte Bildung zur Chefsache machen und persönlich Mitverantwortung übernehmen. Die Prioritäten der FDP lägen auf der Hand; Bildungsprozesse müssten früher und schneller durchlaufen werden. Man benötige Ganztags als Angebot im fairen Wettbewerb aller

Ergebnisse des innerdeutschen PISA-Vergleichs lägen noch nicht komplett vor, erst im Herbst sei mit differenzierenden Analysen zu rechnen. Die Aufgabe im Lande liege darin, „ein Höchstmaß an Chancengleichheit zu erreichen und zu realisieren und dieses mit klaren Leistungsanforderungen und klaren Leistungsnachweisen zu verbinden“.

Herbert Reul (CDU) warf der Ministerin vor, sie versuche, um jeden Preis alles gesund reden zu wollen. Reul: „Das Ergebnis von PISA ist ein hartes Urteil über die Bildungsreform der Linken in Deutschland. Aber am wenigsten scheint es die Reform selbst zu stören: Die reden wie Bankrotteure, die sich jetzt als Anlageberater aufspielen.“

Manfred Degen (SPD) erklärte, Deutschland, das den in anderen Ländern stattgefundenen Umbau vom gegliederten ins integrierte Schulsystem nicht vollzogen habe, müsse jetzt einsehen, dass die bildungspolitische Alternative in anderen Ländern liege.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) sah den Schlüssel darin: „Wir brauchen eine weitestgehende Individualisierung des Lernens auf der Basis schulförderbezogener Mindestanforderungen.“ Nivellierung müsse Fremdwort sein, denn auf der Basis definierter Mindestlernziele muss es möglich sein, je nach Leistungsvermögen Wissen deutlich über die Zielmarke hinaus zu erreichen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) meinte, es sei anzusetzen bei einer besseren frühkindlichen Bildung in Kindergarten und Schule, bei optimaler Förderung statt früher Auslese, Sprachförderung von Migrantenkindern vor Schuleintritt, verbindlicher Kooperation zwischen Eltern, Lehrern, Schülern und sozialem Umfeld und bei der Überwindung der Halbtagschule durch die Ganztagschule.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) sagte, es sei klar, dass in Deutschland die schulische Erziehung früher beginnen müsse. Bei der Sprachförderung der Migrantenkinder müsse etwas unternommen werden. Den Grundschulen sei mehr Aufmerksamkeit zu widmen, und in sie sei stärker zu investieren. Die Hauptschulen verdienten mehr Zuwendung. Die Ganztagsbetreuung sei so schnell wie möglich zu realisieren.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, mutmaßte, die Schulministerin habe den Überblick verloren. Das zum Thema der Aktuellen Stunde von Regierung und Koalition Gesagte sei völlig unzureichend, darum solle die Debatte jetzt geschlossen werden, um über das weitere Vorgehen zu beraten.

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, begrüßte die Absicht, eine Sondersitzung zum Thema durchzuführen, wenn es dabei nicht um Wahlkampf gehe.



Mathe fünf, Sport sehr gut

Zeichnung: Heiko Sakurai (WAZ)

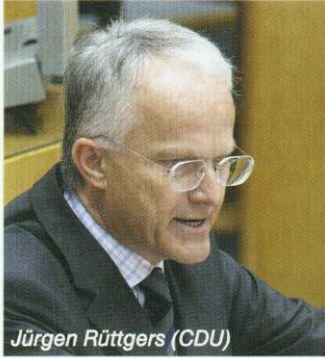
cen zugunsten der Grundschulen umverteilt, die Ausstattung der Schulen in belasteten Stadtteilen verbessert, der Förderbedarf durch Lernstandsfeststellungen gezielt ermittelt, die Selbstständigkeit von Schulen erweitert, die Verantwortlichkeit gestärkt und die Wertschätzung der Bildungsarbeit in der Gesellschaft erhöht werden.

Bernhard Recker (CDU) sah die Verantwortung für das schlechte Abschneiden des Landes in den von der Landespolitik gesetzten Rahmenbedingungen. Leistung und Erziehung seien jahrelang tabu gewesen, junge Menschen würden aufgrund mangelnder schulischer Grund-

Schulformen. Das Motto „Fördern und Fordern“ müsse mehr in den Schulen Einzug halten.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, nannte die Kriterien für die Rückkehr zur Erstklassigkeit: Im Zentrum stehe die Entwicklung einer neuen Lern- und Leistungsstruktur: Helfen statt Strafen, Fördern statt Aussortieren, Lernen wecken statt Lernen abtöten, Bildungseinrichtungen stärken statt gängeln, Vertrauen gewähren statt Kontrolle verstärken.

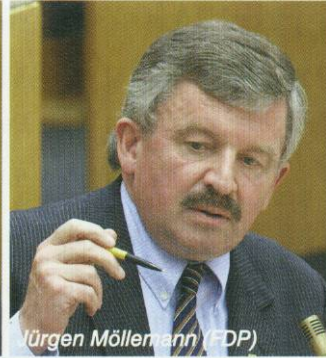
Bildungsministerin Gabriele Behler (SPD) machte darauf aufmerksam, die



Jürgen Rüttgers (CDU)



Edgar Moron (SPD)



Jürgen Möllemann (FDP)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Gabriele Beermann (CDU)

Einigkeit nach PISA: Änderungen im Schulsystem des Landes unumgänglich

Auf Antrag von CDU und FDP hat sich der Landtag in einer Sondersitzung mit dem Thema „Für einen Neuanfang in der Bildungspolitik“ beschäftigt. Koalitionsfraktionen (Drs. 13/2809), CDU (Drs. 13/2810) und FDP (Drs. 13/2811) hatten dazu Anträge vorgelegt. Sie werden im Schulausschuss erörtert und zusammen mit den Ergebnissen einer für September geplanten Anhörung Grundlage der weiteren Plenarberatung nach der Sommerpause sein.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, kritisierte zu Beginn, dass das schwache nordrhein-westfälische Ergebnis Resultat einer verfehlten Bildungspolitik sei. Es sei Sache des Ministerpräsidenten des Landes, personelle Verantwortlichkeiten dafür festzustellen und Konsequenzen zu ziehen. Aber auch: „Was wir brauchen, ist ein bildungspolitisches Gesamtkonzept für mehr Leistung und mehr Gerechtigkeit.“ Man benötige Prioritäten für eine neue Bildungspolitik, kurz: „Wir brauchen einen bildungspolitischen Neuanfang.“ Es sei falsch, die bisherige Bildungspolitik fortzuführen und nur Akzente zu verschieben. Darum lege seine Fraktion in ihrem Antrag „konkrete Eckpunkte einer neuen Bildungspolitik für Leistung und Gerechtigkeit“ vor. So beantrage die CDU des Landes, dass in den Schulen wieder eine „Kultur der Leistung“ einkehrt, dass die Grundschulen speziell ausgebildetes Lehrpersonal zur Förderung erhalten und dass Migrantenkinder schon vor der Einschulung Deutsch lernen. Die Union verlange ferner eine „Unterrichtsgarantie im Kampf gegen den massenhaften Unterrichtsausfall“ und fordere, dass in einem gegliederten Schulsystem eine moderne Allgemeinbildung vermittelt wird, der Fächerkanon durchforstet, ein flächendeckendes Ganztagschulsystem aufgebaut und die Schulgebäude saniert werden. So ziehe seine Fraktion die Konsequenzen aus PISA, „so wird Bildungspolitik wieder Investition in die Zukunft“. Rüttgers abschließend: „Wir sind bereit, notwendige Haushaltsbe-

schlüsse mitzutragen. Entscheidungen sind jetzt nötig und nicht morgen oder übermorgen.“

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, fragte, „wer in diesem Hohen Haus, wer in Deutschland wollte vor diesem niederschmetternden Ergebnis nicht für einen Neuanfang in der Bildungspolitik sein?“ Jetzt gehe es nicht darum, den Rücktritt der Schulministerin zu fordern, man schulde den Menschen ein Konzept. Bei den notwendigen Reformen solle man sich nicht an anderen Bundesländern, sondern an den leistungsstärksten Bildungssystemen der Welt orientieren. Dabei müsse man prüfen, welche Ergebnisse aus anderen Ländern auf das eigene zu übertragen sind. Der Fraktionsvorsitzende analysierte die Defizite des nordrhein-westfälischen Schulsystems und benannte die Handlungsfelder. Kindergarten und Vorschul-erziehung seien stärker miteinander zu verzahnen. Die Grundschulen müssten zu einem ganztägigen Bildungsangebot ausgebaut werden. Kinder aus sozial benachteiligten Familien benötigten eine gezielte Förderung in der deutschen Sprache — schon im Kindergarten. Die Durchlässigkeit des Schulsystems müsse verbessert werden: Zu viele Kinder stiegen ab, zu wenige auf. Es müsse dringend auch mehr Abiturienten in Deutschland geben. Die Hauptschule sei keine Restschule, sondern sei zu stärken. Um Lernklima und Arbeitsklima an den Schulen zu verbessern, sei mehr Handlungsspielraum für die Verantwortlichen zu schaffen. Moron sprach sich gegen mehr Zentralisierung im Bildungswesen aus, der richtige Weg seien unter den Bundesländern vereinbarte Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards. Es sei irrig zu glauben, mehr Geld und mehr Lehrer und kleinere Klassen machten die Schüler schlauer — das habe PISA vor Augen geführt. Die SPD sei zu tiefgreifenden Reformen bereit, schloss er.

Jürgen W. Möllemann, FDP-Fraktionsvorsitzender, warnte, um aus der Studie Konsequenzen zu ziehen, müsse eine

ehrliche und ungeschminkte Bestandsaufnahme durchgeführt werden. Dazu gehöre auch die Frage, wer in den letzten 22 Jahren, allein oder mit den GRÜNEN, „nicht einen kleinen Anteil an den Ergebnissen hat“. Bildung benötige mehr Geld, nicht zuletzt müsse sich das im Landeshaushalt niederschlagen. Aber wie solle das gelingen, wenn weiterhin für die Subventionierung der Steinkohle „Milliarden verplempert“ würden — „wenn Sie doch wissen, wie dringend wir dieses Geld brauchen“. Weder eine Zuständigkeits- noch eine Organisations- oder Strukturdebatte helfen weiter, zeigte sich Möllemann überzeugt: Der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Bildungssystemen und Bildungsstrukturen der einzelnen Bundesländer produziere mehr Qualität als eine einheitliche Bundesbildungskompetenz. Und innerhalb des Landes brauche man den Wettbewerb zwischen den verschiedenen Schulformen „und nicht die eine Schule, die, wie jetzt die Gesamtschule, verschiedene Abschlüsse anbietet“.

Verantwortlichkeiten

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, bedauerte: „Wir erleben hier eine Inszenierung der Opposition, und diese Inszenierung ist Wahlkampf. Sie findet auf dem Rücken der Kinder und auf Kosten und auf dem Rücken der am Schulleben Beteiligten statt.“ Die Menschen im Lande warteten — „bisher vergeblich“ — auf in sich stimmige und umfassende Konzepte, wie sich die Opposition einen Neuanfang vorstelle: „Glatte Fehlanzeige.“ Die Fraktionsvorsitzende kritisierte, dass es in dieser Inszenierung nicht um Chancengerechtigkeit, sondern um Köpfe gehe — „Jagdscenen in Düsseldorf“, meinte sie. Wer seriös einen Neuanfang verlange, der müsse schon mehr bieten als der CDU-Vorsitzende. Der könne auch die Verantwortung nicht von seiner Partei abschieben, denn die haben in den letzten 30 Jahren immer wieder „mit ideologischer Verbohrtheit“ das alte Drei-Klassen-Schulsystem verteidigt. Und die Gesamtschule, die man in NRW geschaffen habe, sei allein nicht in der Lage, integrative Systeme wie in anderen (führenden) Ländern umzusetzen. Die CDU vergieße Krokodilstränen



kung der Hauptschule, nachdem er jahrelang die CDU-Forderung zurückgewiesen habe, sich mehr um die Hauptschule zu kümmern. So etwa sei nicht stimmig, sondern voller Widersprüche und dazu bestimmt, die jeweilige Klientel zu bedienen. Wenn dann noch der CDU die Verantwortung für das schlechte Abschneiden des Landes zuzuschreiben versucht werde, dann sei das „absurd“. Für ein neues und klares Konzept der Bildungspolitik im Lande müssten sich erst einmal die Partner, SPD und GRÜNE sowie SPD und Landesregierung, miteinander abstimmen. Da reiche keine „Dokumentation der Vielstimmigkeit und Unterschiedlichkeit“, wie sie hier geboten worden sei.

Brigitte Speth (SPD) wies das Wort „Offenbarungseid“, den die Opposition für die Analyse der Schwächen des gegenwärtigen Systems gebraucht habe, zurück. Dieser Begriff sei für eine Debatte nicht angemessen, die in die Zukunft weisen solle. Sie unterstrich die Notwendigkeit von Sprachförderung in den Kindergärten, fragte aber zugleich nach der Angemessenheit von Sprachprüfungen für Vierjährige, wie das die CDU in ihrem Antrag fordere. Die SPD setze eher auf die Qualifizierung der Einschulungskonferenz beim Übergang auf die Grundschule. Zudem brauche man ein anderes Lehrerleitbild, „ohne die Lehrerinnen und Lehrer kommen wir mit der Qualitätssteigerung unserer Schulen nicht weiter“.

Bernhard Recker (CDU) erläuterte, das Feststellen der Sprachfähigkeit nach dem vierten Lebensjahr sei freiwillig. Was in der Grundschule versäumt werde, könne später „selbst bei erhöhtem Kostenaufwand kaum repariert werden“;

in der Grundschule müsse auch der Leistungsgedanke eine ganz andere Rolle als bisher spielen, fuhr Recker fort und riet bei dem Neuanfang auf das zu hören und zu achten, was Außenstehende sagen oder getan haben. So habe in England das Schulsystem lange als marode gegolten, jetzt nehme es einen der vordersten Plätze ein: „Ermöglicht hat das eine ganz konsequente Bildungsreform, die auf die Einrichtung von Managementstrukturen in den Schulen vor Ort sowie einen ganz consequenten Vergleich von Leistungen setzt.“

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) lobte die Sachlichkeit der Debatte und begrüßte die Angebote zum Gespräch darüber, wie die Schulen des Landes besser zu machen sind: „Es ist der Mühe wert, dass wir versuchen, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen — und zwar nicht mit Zwang oder Krampf.“ Aber wer die Schulen des Landes als „Schrott“ und die, die dort lernen und unterrichten, als „vertrottelt“ sowie die Schulen als durchweg sanierungsbedürftig bezeichnet, „der wird auf meinen Widerstand stoßen“. Das habe mit der Realität nichts zu tun. In NRW würden bis 2005 mehr als 30 000 Lehrerinnen und Lehrer neu in den Schuldienst des Landes kommen. Bei der Schulpauschale bleibe es jährlich bei einer durchschnittlichen Förderung von 460 Millionen Euro im Gemeindefinanzierungs-gesetz. Im nächsten Jahr werde es an jeder dritten Grundschule ein Ganztagsangebot geben. Damit liege das Land NRW „mindestens“ an zweiter Stelle. Bei den klassischen Ganztagschulen sei man ohnehin führend. Clement zum Schluss: „Ich bin überzeugt, dass wir zum Wohle der Kinder auch wirkliche Fortschritte erzielen werden.“

über die Leistung von Migrantenkindern und lehne es immer noch ab anzuerkennen, dass Deutschland Einwanderungsland ist. „Ihre Lebenslüge hat verhindert, dass es wie in anderen europäischen Ländern den Prozess einer Normalisierung und damit auch die Entwicklung und den Ausbau von Fördermaßnahmen gibt.“

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) räumte ein: „Wir haben in der Tat Licht und Schatten. Wir haben eine durchwachsene Bilanz und keinen Anlass zur Zufriedenheit. Deshalb fragen wir, was wir besser machen müssen.“ In den letzten Jahren seien Veränderungen auf den Weg gebracht worden, etwa die Selbstständigkeit der Schulen, konsequente Qualitätsentwicklung und Förderung, Ausbau der Betreuungsangebote in der Grundschule in der Sekundarstufe I und das Bündnis für Erziehung, das Schule, Eltern und Gesellschaft einbeziehe. Auf all dem könne man im Lande bei der Weiterentwicklung aufbauen, betonte die Ministerin. So werde man sich stärker um die Leistungsschwächeren kümmern — ob mit oder ohne Migrationshintergrund — und das Angebot für Kinder mit Schwächen in der deutschen Sprache durch Zusatzunterricht gezielt fördern. Schritt für Schritt werde ein flächendeckendes Angebot von Grundschulen in Ganztagsform geschaffen. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern würden bundesweite Bildungsstandards definiert und durch landesweite Tests sichergestellt. Außerdem bemühe man sich, die nicht hinnehmbare Zahl der Schulformwechsler und Wiederholer zu reduzieren und den Hauptschulen mehr Freiräume bei der Gestaltung des Unterrichts und der Stundentafeln einzuräumen.

Herbert Reul (CDU) fragte die Schulministerin, warum sie von den Problemlösungen, die sie aufgeführt habe, nicht schon längst einiges umgesetzt habe. Es sei kein Ansatz zur Korrektur der bisherigen Politik erkennbar, das spreche nicht gerade für Nachdenklichkeit, sondern eher dafür, „dass Sie das, was Sie sich vorgenommen haben, fortsetzen wollen“. Die Koalition biete kein einheitliches Bild, die einen wollten die Integration der verschiedenen Schulformen vorantreiben, der andere verlange die Stär-

Die Regierungsbank im Hintergrund wartet ab, zu welchem Ergebnis Präsidium und Fraktionen nach der turbulenten PISA-Debatte am 28. Juni kommen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (rechter Bildrand Mitte) berät mit den Vizepräsidenten Dr. Helmut Linssen (CDU), Jan Söffing (FDP) und Edith Müller (GRÜNE), in Anwesenheit der parlamentarischen Geschäftsführer Carina Gödecke (SPD), Heinz Hardt (CDU), Marianne Thomann-Stahl (FDP) und Johannes Rimmel (GRÜNE) und anderer Parlamentarier sowie des Chefs der Staatskanzlei das weitere Vorgehen, als sich abzeichnete, dass CDU und FDP mit Verlauf und Ergebnis der Aktuellen Stunde nicht zufrieden waren. Beide Fraktionen beantragten dann später, den Landtag zu einer Sondersitzung am 2. Juli zusammenzurufen.

Foto: Schälte



Beim Metrorapid spitzt sich der Streit zu, ob der Staat das Risiko mittragen muss

In einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Bundesrechnungshof bestätigt: Der Metrorapid ist ein unkalkulierbares Risiko für NRW“ riet Ministerpräsident Wolfgang Clement der CDU, den Planfeststellungsbeschluss abzuwarten, aus dem alle Risiken und Maßnahmen zu erkennen seien.



Heinz Hardt (CDU)

Heinz Hardt (CDU) hielt das „verkehrspolitische Implantat Metrorapid“ mit kurzen Stopps für mehr als drei Milliarden Mark für nicht vertretbar, nicht risikofrei und wegen der vielen Umstiege für die Fahrgäste für unzumutbar. Für zwei Drittel der Kosten schlage die CDU den Ausbau des S-Bahn-Rings Rhein-Ruhr-Wupper und einen Euro-rapid nach Amsterdam vor. Der Bund stelle bis 2006 nur 41 Prozent der zugesagten Mittel bereit.



Gerhard Wirth (SPD)

Gerhard Wirth (SPD) bezweifelte, dass der BRH in zwei Monaten die Machbarkeitsstudie habe studieren können, und befürchtete einen Expertenstreit über die Frage, ob eingesparte PKW-Fahrzeiten eingerechnet werden dürften. Andererseits würden zu viele Staus in NRW beklagt. Die CDU mache Wahlkampf für Bayern, wenn sie nur den Transrapid befürworte. In Vergabeverfahren sollten sich Parteien nicht einschalten.



Christof Rasche (FDP)

Christof Rasche (FDP) erklärte, der BRH halte das Projekt gesamtwirtschaftlich für sinnvoll und industriepolitische Aspekte für nutzensteigernd. Die FDP könne bei der Vergabe von Ingenieurleistungen keine Unregelmäßigkeiten feststellen. Leider drohten durch Gerichtsverfahren Verzögerungen. Der Landtagsbeschluss „kein Risiko und kein NRW-Geld“ vom März reiche nur für die Planungsphase. NRW müsse Risiko eingehen und Geld geben.



Peter Eichenseher (GRÜNE)

Peter Eichenseher (GRÜNE) hielt diesen Beschluss für weise, der auch die jährlichen Bestellerentgelte auf 7,50 Euro pro Zugkilometer begrenze. Das sei eine klare Position, die alle verpflichte. Nun warte man auf private Investoren. Der Bund halte sich sehr zurück. Der BRH stelle ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von 0,7 statt der behaupteten 1,5 fest, moniere das Fehlen eines Finanzierungskonzepts und halte den Betrieb im Jahr 2006 für unrealistisch. Wer das als Petitesse abtue, nehme den BRH nicht ernst.



Ernst Schwanhold (SPD)
Fotos: Schälte

Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD) rechtfertigte das Vergabeverfahren für die Machbarkeitsstudie und berichtete, der Haushaltsausschuss des Bundestages teile die Bedenken des BRH nicht. Der BRH halte den Reisezeitnutzen für zu hoch bewertet, während in der Studie von 7,5 Millionen Fahrgästen ausgegangen werde, die statt PKW den Metrorapid benutzen würden. In Berlin werde an diesem Tag über die Gründung der Projekt- und Baugesellschaft verhandelt. Fast 60 mittelständische Firmen brauchten Anschlussaufträge.

Gerhard Wächter (CDU) lehnte für seine Fraktion das Projekt als nicht verantwortbar und verkehrspolitisch unsinnig ab. Die CDU warne davor, es durchzupfeitschen, koste es, was es wolle. Kosten-, Erlös-, Zeit-, Planungs- und Technikrisiken sprächen für Ablehnung. Auch der Landtag über-

nehme kein Risiko. Die Bundesregierung habe das Projekt begraben.

Werner Bischoff (SPD) widersprach und sagte dem Metrorapid eine wichtige Zukunft in NRW voraus. Es gebe breite Zustimmung seitens der Industrie und der Wirtschaft. 75 Prozent der 2,6 Milliarden Euro gingen in die Bau- und die Stahlwirtschaft. Investitionen und Arbeitsplätze müssten aktiviert werden. Für den Transrapid in China hätten NRW-Firmen geliefert. 55 Unternehmen und Verbände seien an dem Projekt interessiert.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) nannte das Projekt einen Grundstein für ein Verkehrssystem der Zukunft, dessen Aufbau Jahrzehnte dauern werde. Schwerwiegende Einwände müssten ernst genommen werden. Der Landtag müsse seinen Beschluss zu Lasten Dritter aufheben. Das Risiko müsse vom Staat mitgetragen werden.

Johannes Remmel (GRÜNE) lehnte dieses „Harakiri“ ab und warf der FDP vor, neue Subventionen zu befürworten. Mit den Argumenten des BRH müsse ernsthaft umgegangen werden.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) sagte, nicht alles sei privatwirtschaftlich hinzubekommen. Der BRH bewerte das bayerische Projekt schlechter als das von NRW. Der Metrorapid sei richtig und werde auf der Strecke Dortmund—Düsseldorf 35 Millionen Passagiere haben, darunter 20 Prozent Umsteiger vom Auto. Das Projekt sei auch technologiepolitisch sehr wertvoll für NRW.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Fraktionsvorsitzender, hielt dem Regierungschef Wirklichkeitsverdrängung vor und verlangte Auskunft, wie die Defizite von mehr als 1,4 Milliarden Mark finanziert werden sollten. Niemand sei dazu bereit. Allerdings bereite die SPD nach den Aussagen dieses Tages den Ausstieg aus dem Landtagsbeschluss vor. Clement werde den öffentlichen Personenahverkehr ruinieren, um dieses Leuchtturmprojekt zu verwirklichen.

Minister Ernst Schwanhold (SPD) teilte mit, der Projektrahmenvertrag mit der Deutschen Bahn AG werde am 2. Juli unterschrieben.

Edgar Moron (SPD), Fraktionsvorsitzender, bezeichnete das Projekt als energiefreundlich, ökologisch sinnvoll und verkehrstechnisch absolut sicher.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) sagte, die CDU handele gegen die Interessen des Landes, das auf die Mobilität von Menschen und Gütern angewiesen sei. Im Planfeststellungsbeschluss, der bald vorliegen werde, seien alle Risiken und Maßnahmen zu erkennen.

Das Zuwanderungsgesetz und seine Folgen für NRW

Alle Fraktionen fordern viele Schritte zur Integration

Der Landtag debattierte am 27. Juni über das Bundes-Zuwanderungsgesetz in einer von den GRÜNEN beantragten Aktuellen Stunde mit dem Titel, das Gesetz „bringt Schub für Integrationsoffensive NRW“.

Sybille Haussmann (GRÜNE) äußerte sich zufrieden mit der Akzeptanz des Staates, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. NRW sei in der Pflicht, das umzusetzen und Mittel für Integrationskurse für Zuwanderer bereitzustellen. Vom Bund gebe es die Hälfte, und daher müssten die CDU-geführten Länder im Bundesrat zustimmen. In Kanada gebe es 600 Stunden kostenlose Sprachkurse, zusätzlich Staatsbürgerkunde. Bei uns setze sich die Zustimmung in der Bevölkerung durch.

Oda-Gerlind Gawlik (SPD) führte aus, in Deutschland lebten sieben, in NRW zwei Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Das Zuwanderungsgesetz schaffe wesentliche Grundlagen für wirtschafts- und arbeitsmarktgerechte Begrenzung und sichere humanitäre Pflichten. Erstmals gebe es gesetzliche Ansprüche, aber auch Verpflichtungen. Integration betreffe alle Lebensbereiche und müsse von allen mitgestaltet werden. Der Konsens darüber sei gut. Zugewanderte seien auch sozial und kulturell eine Bereicherung.

Willi Zylajew (CDU) hielt konkrete Dinge bei der Integration für wichtiger als das Gesetz. Die Landesregierung müsse im Haushalt 2003 Mittel bereitstellen. Selbst Dinge, die kostenneutral erledigt werden könnten, bringe sie nicht zustande. Bei der Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in den Landesdienst bewege sich nichts. Auch in den Kommunen und im Justizdienst erkenne er keine Aktivitäten. Nicht einmal Daten zur gesundheitlichen Versorgung von Migranten gebe es. Auch die anderen Ressorts sähen kein Engagement vor. Er hoffe, dass SPD und GRÜNE im Haushalt 2003 etwas bewirkten.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) erklärte, die FDP stehe zum Zuwanderungsgesetz, auch wenn einige Regelungen verbesserungsfähig seien. Der vorgesehene Arbeitsmarktzugang sei kaum praktikabel und zu bürokratisch. Fachkräftemangel nur durch Umschulung beheben zu wollen, sei eine Illusion. Laut Industriepräsident entstünden durch jeden qualifizierten Zuwanderer 2,5 neue Arbeitsplätze. Die Chance müsse genutzt werden. Die Integrationsoffensive NRW sei als Vorbild geeignet. Die Rednerin mahnte ebenfalls konkrete Schritte an. Integrationskurse seien sehr teuer, das Bundesgesetz helfe da nicht. Auf Zuwanderung als Wahlkampfthema solle die CDU verzichten.

Sozialminister Harald Schartau (SPD) sah eine neue Ära der Zuwanderungspolitik und hielt das Gesetz für geeignet, sie marktorientiert und flexibel zu gestalten. Die Zahl der Aufenthaltstitel verringere sich von fünf auf zwei. Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis würden zusammengefasst. Bisher seien Aussiedler und anerkannte Flüchtlinge gefördert worden. Leistungen des

Staates seien freiwillig gewesen und nur einem Teil der Zugewanderten zugute gekommen. Jetzt seien die Angebote Pflicht. Immer mehr gesellschaftliche Gruppen stellten sich der Aufgabe der Integration. Die Standards und die Finanzierung der Integrationskurse müssten bald in einer Rechtsverordnung geregelt werden. NRW entwickle ein Konzept für soziale Orientierungskurse.

Thomas Kufen (CDU) bedauerte, dass es keinen parteiübergreifenden Konsens gebe und dass die SPD die Unterschiede zur Union betone. Deutschland sei kein klassisches Einwanderungsland. Trotzdem seien in den letzten zwei Jahrzehnten mehr Menschen eingewandert. Begrenzung, Steuerung, Harmonisierung und Integration seien gefragt. Das Gesetz werde dem nicht gerecht. Der Anwerbestopp werde aufgehoben. Bei vier Millionen Arbeitslosen und dem Bildungsdefizit in diesem Land werde Zuwanderung in den Arbeitsmarkt grundsätzlich erlaubt. Die Hauptlast werde bei den Kommunen hängen bleiben. Die EU-Osterweiterung spiele keine Rolle, obwohl in den Beitrittsländern 700 bis 900 000 Menschen auf gepackten Koffern säßen. Dringenden Handlungsbedarf gebe es bei der Ausbildung junger Türken. Schädig sei, für den schlechten PISA-Platz von NRW ausländische Kinder mitverantwortlich zu machen.

Jürgen Jentsch (SPD) widersprach mit dem Hinweis auf die Integrationserfolge im Ruhrgebiet und begrüßte das neue Gesetz, das Beschäftigungschancen der Mitbürger in den Vordergrund stelle. Zuwanderung werde an den Bedarf geknüpft. Kernstück sei das neue Ausländerrecht. Statt für „Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ gebe es in Zukunft ein Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Im Jahr 2000 seien von rund 650 000 Eingewanderten knapp 86 500 geblieben. Im Vorjahr seien von 98 000 Spätaussiedlern gerade rund 25 000 klassische Aussiedler gewesen. Integration sei eine Querschnittsaufgabe, die NRW seit jeher praktiziere.

Karl Peter Brendel (FDP) zitierte aus dem Bericht des Sozialministers vom 31. Mai 2002 Appelle zu Frauen- und Mädchenförderung bei Kursen, bei Ausbildung und Arbeitsplatzsuche und vermisste den im Titel der Aktuellen Stunde angesprochenen „Integrationschub“. Ohne Geld gebe es keinen Schub.

Monika Düker (GRÜNE) zählte den Landtagsausschuss für Migrationsangelegenheiten, das Landeszentrum für Zuwanderung und die Mittel für Ausländerbeiräte als konkrete Maßnahmen rot-grüner Migrationspolitik auf. Im Wahlkampf müsse sehr wohl darüber gesprochen werden, weil es die Menschen interessiere, aber redlich.



Sybille Haussmann (GRÜNE)



Oda-Gerlind Gawlik (SPD)



Willi Zylajew (CDU)



Dr. Ute Dreckmann (FDP)
Fotos: Schäfte

Union wirbt für Verbleib des Landes in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

„Nordrhein-Westfalen verbleibt in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ lautet die Überschrift eines Antrags (Drs. 13/2725 neu), mit dem die CDU-Fraktion die Landesregierung auffordert, ihr finanzielles und ideelles Engagement für die Stiftung beizubehalten und andere Länder zu demselben Verhalten aufzufordern: Sonst, so befürchten die Initiatoren des Antrags, könnte dies als Einladung verstanden werden, dass sich die anderen Länder ebenfalls aus der Stiftung zurückziehen und „dem Bund die exklusive Verantwortung für das Paradestück des deutschen Kulturföderalismus zuzuschieben.“ — Der Antrag wurde vom Plenum an den federführenden Kulturausschuss zur abschließenden Beratung überwiesen.

Richard Blömer (CDU) warb für die Stiftung: Sie sei eine „Klammer zwischen Bund und Ländern, eine nationale Stiftung für die Kunst und die Kultur der Bundesrepublik Deutschland“. In den 17 Museen — davon befänden sich „zwei sehr schöne“ auf nordrhein-westfälischem Boden (in Minden und Wesel) —, in den Archiven und Forschungseinrichtungen sei eine beeindruckende Dokumentation von 6 000 Jahren Menschheitsgeschichte versammelt. Der kulturpolitische Sprecher seiner Fraktion: „Sie stehen für den größten Kulturkomplex in Europa, der sich weder vor dem Louvre noch vor den Vatikanischen



Auch ein Erbe Preußens, die Zitadelle in Jülich (unser Bild). Heute beherbergt das im 16. Jahrhundert errichtete und nach französischer Besatzung 1815 an Preußen gefallene Bollwerk ein Gymnasium. Nach der Zerstörung der Stadt durch alliierte Luftangriffe Ende 1944 dienten die Kasematten der Zitadelle als Notunterkünfte und Werkstätten; heute ist in der nördlichen Bastion der städtische Bauhof untergebracht. 1998 fand um die Zitadelle herum die Landesgartenschau statt.

Museen verstecken muss.“ Die Länderbeteiligung sei kein „Notopfer Berlin, sondern entspricht einer gemeinsamen, gestaltenden Verantwortung“. Die Stiftung sei eng mit NRW verbunden, „ein Rückzug des Landes aus der Stiftung wäre kulturpolitisch gesehen eine Niederlage und der Abschied von einer politischen Vision, die für den kooperativen Föderalismus beispielhaft war und ist“.

Ilse Brusis (SPD) wiederholte ihre Auffassung: „Eine sachgerechte Beurteilung des Verhandlungsergebnisses für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz ist erst nach Vorlage des Gesamtkonzeptes möglich.“ Das jährliche Haushaltsvolumen von 250 Millionen Euro beweise, dass es sich bei der Stiftung nicht nur um die größte, sondern auch um eine der bedeutendsten und wichtigsten Kultureinrichtungen der Bundesrepublik handle. Die SPD sei der Auffassung, dass der Ausbau eine große und bedeutende gesamtstaatliche Aufgabe darstelle. Es könne keine Rede davon sein, dass sich NRW aus der Stiftung zurückziehen wolle. Aber es gehe darum, die Zuständigkeit klar zu regeln. Der geltende Vertrag könne nicht vor Ende 2005 gekündigt werden, darauf müsse sie hinweisen. Das derzeit bestehende Mischfinanzierungssystem bei der Kulturförderung sei undurchschaubar, fuhr sie fort, darum bemühten sich die Regierungschefs des Bundes und der Länder, die Kompetenzen im bundesstaatlichen Gefüge neu zu ordnen und Mischfinanzierungstatbestände zu entflechten.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) verlangte, dass die Debatte über die Entflechtung im Kulturbereich — sie bezog dabei auch die unterschiedlichen Fördertöpfe des Landes mit ein — im Parlament und seinen Ausschüssen geführt werden müsse, nicht bloß von den Regierungschefs. Die Liberalen verlangten, Bürokratie abzubauen und das Ganze transparent zu machen, „damit wir Ihnen (der Regierung) besser auf die Finger gucken können“. Sie werte den sicherlich nicht überflüssigen CDU-Antrag als notwendigen Beitrag zur Entflechtungsdebatte im Parlament.

Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) betonte, NRW sei, abgesehen von Berlin, mit seinen 5,5 Millionen Euro jährlich „einsame Spitze“ unter den Bundesländern bei der Finanzierung der Investitionen der Stiftung — Bayern zahle nur 179 000 Euro, das sei „beschämend wenig“. Nicht einmal fünf Prozent des Beitrags erhalte das Land in Form von Beteiligung an Ausstellungen und anderen Aktivitäten zurück, monierte der Minister; darum fordere er die Stiftung auf, „dieses Engagement in Nordrhein-Westfalen, dem Hauptzählerland neben dem Sitzland Berlin, nicht zurückzufahren, sondern dieses Engagement fortzusetzen“. Die Stiftung müsse in die Debatte über die Neuordnung der Verantwortung und Finanzierung kultureller Aufgaben durch Bund und Länder einbezogen werden.

Werner Jostmeier (CDU) sagte: „Wir wollen wissen, wohin die Reise geht.“ Die Stiftung könne man nicht in einen Topf mit den üblichen — und abzubauenen — Mischfinanzierungen werfen, fand er: „hierbei handelt es sich um ein sorgsam ausgeklügeltes und bei allen Ländern bisher gut akzeptiertes System“.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) sekundierte dem Kulturminister: „Die Stiftung muss in Nordrhein-Westfalen mehr tun.“ Sie könnte, das werde schon länger gewünscht, eine ständige Ausstellung in NRW betreiben. Das, was die Stiftung für NRW tue, „können wir auch alleine“ — mit dem von NRW an die Stiftung gezahlten Geld sei für das Gedenken an die preußische Geschichte sogar mehr zu bewirken. Er, Clement, sehe die Debatte nicht unter dem Gesichtspunkt des Rückzugs des Landes, sondern es gehe um die Frage nach dem Verhältnis zwischen Bund und Berlin-Brandenburg. In der Kulturförderung müsse die Rolle der Länder klar bleiben, „in diesem Rahmen werde sich auch eine einvernehmliche Lösung für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz finden“.

Deutsch-türkische Parlamentariergruppe will Integration und Zusammenarbeit fördern



In Anwesenheit des Botschafters der Türkei, Osman Korutürk (l.), wurde die deutsch-türkische Parlamentariergruppe gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Wolfgang Röken (SPD, r.) gewählt. Die konstituierende Sitzung leitete Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.). Foto: Schälte

Als erstes Landesparlament hat der Landtag NRW eine deutsch-türkische Parlamentariergruppe ins Leben gerufen und am 26. Juni auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Sie besteht aus derzeit 40 Abgeordneten und hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei auf

den Gebieten Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur auszubauen. Konkret hat man sich im Land vorgenommen, die Integration der mit 820 000 Menschen türkischer Abstammung größten nicht-deutschen Bevölkerungsgruppe voranzutreiben. „Wir verstehen uns als Pressure-Group für die deutsch-türkische Zusammenarbeit“, erklärte der Vorsitzende der Gruppe, der SPD-

Landtagsabgeordnete Wolfgang Röken, auf den die Anregung zur Gründung dieser Gruppe zurückgeht.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt betonte in der konstituierenden Sitzung, es sei das Interesse aller, „dass die türkischstämmigen Menschen in Deutschland fest integriert werden“. Dabei sei der persönliche Kontakt zwischen Deutschen und Türken unerlässlich, das Sprechen einer gleichen Sprache Voraussetzung, ob am Arbeitsplatz oder im Verein. Schmidt: „Hier sind noch erhebliche Verbesserungen möglich und notwendig.“ Einerseits müsse das Angebot ausgedehnt werden, Deutsch lernen zu können; andererseits müsse gerade bei den Älteren mehr Offenheit und Bereitschaft zum Lernen geweckt werden: „Dann ist Integration wirklich eine feste Brücke und ein starkes Bindeglied zwischen unseren Völkern. Ich bin da für die Zukunft zuversichtlich.“

Die deutsch-türkische Parlamentariergruppe ist die fünfte, die der Landtag ins Leben ruft. Nach den schon seit längerem bestehenden deutsch-israelischen und deutsch-palästinensischen Gruppen haben sich in dieser Wahlperiode die deutsch-polnische und vor kurzem die deutsch-baltische Gruppe aus der Mitte der Abgeordneten gebildet.

Deutschland – Polen:

Viele Kontakte fördern die Partnerschaft

Nordrhein-Westfalen will die Zusammenarbeit mit der polnischen Wojewodschaft Slaskie (früher: Schlesien) enger gestalten und diese Partnerschaft auf eine breite parlamentarische und gesellschaftliche Grundlage stellen. Das ist Tenor eines gemeinsamen Antrags von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/2734 neu), den der Landtag am 27. Juni debattierte und an den Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik überwiesen hat.

Gabriele Sikora (SPD) machte darauf aufmerksam, schon seit 1991 gebe es Beratung der Region bei Verwaltungsaufbau und Entwicklung regionaler Entwicklungskonzepte; in Polen sei man darüber voll des Lobes. Nun sei es an der Zeit, die Zusammenarbeit auf eine noch breitere Basis zu stellen und den Jugendaustausch zu fördern, Schul- und Hochschulpartnerschaften auszubauen und in Fragen der Wirtschaft, Regionalentwicklung, der Ökologie und der Umwelttechnologie noch enger zusammenzuarbeiten. Wegen seiner Wirtschaftsstruktur habe das Land in Zusammen-

hang mit der Osterweiterung der EU gute Chancen. Sikora: „Wir müssen die Menschen sowohl in NRW wie auch in Slaskie mitnehmen auf dem Weg in eine größere europäische Union.“

Edith Müller (GRÜNE) betonte, die Beziehungen zwischen beiden Regionen gingen inzwischen weit über die politische Ebene hinaus, „es gibt unzählige Vereine, Industrie- und Handelskammern, Betriebe, Wirtschaftsbeziehungen, Joint Ventures und vieles mehr. Mit einem Wort: Diese Partnerschaft lebt, wächst und gedeiht“. Auszubauen seien in ihren Augen vor allem noch die Wirtschaftsbeziehungen, die Zusammenarbeit der kommunalen Spitzenverbände sei zu organisieren, Jugendliche müssten verstärkt direkt ins Gespräch miteinander kommen.

Ilka Keller (CDU) fand allgemeine Kontakte zwar gut, aber die Landesregierung sei auch an den Ergebnissen konkreter Maßnahmen zu messen: „Wir sind nicht damit einverstanden, dass alles im Verschwommenen bleibt.“ Der Antrag lasse etwa nicht erkennen, was in den letzten Jahren tatsächlich auf den Weg gebracht worden sei und wie die Perspektiven der künftigen Zusammenarbeit aussehen. Keller: „Es müssen Schwerpunkte gebildet werden.“ Es müssten sich auch Synergieeffekte einstellen, und die Mittel für Projekte dürften nicht reduziert werden wie derzeit. Der Antrag gehöre damit für ihre Fraktion in die „Kategorie Schönwetterpolitik, die von tiefgreifenden Haushaltsproblemen ablenken soll“.

Dietmar Brockes (FDP) unterstrich die breite Zustimmung, die die Zusammenarbeit mit Polen und mit der Wojewodschaft Slaskie im Landtag findet, „in dem Sinne sollten wir dann an diesem Antrag auch weiterarbeiten“. Wenn schon eine breite parlamentarische Grundlage angestrebt werde, dann hätte man im Vorfeld auch den Versuch zu einem fraktionsübergreifenden Antrag starten müssen — das erwarte jedenfalls die FDP. Mehr zu tun sei noch bei der Förderung der Partnerregion auf dem europäischen Parkett sowie bei Angeboten, die polnische Sprache in Deutschland zu lernen.

Europaministerin Hannelore Kraft (SPD) korrigierte Kritik: Nicht alle Projekte müssten sich auch haushaltsrechtlich niederschlagen, „das entspricht nicht meinem Politikverständnis“. So sei es für die polnische Seite wichtig, von den Erfahrungen des Landes beim Abruf von Fördermitteln der EU zu profitieren und die Voraussetzungen zu erfahren, die dafür erforderlich sind. Seit 2000 habe sich ein Erfahrungsaustausch auf breiter fachlicher Basis entwickelt, fuhr sie fort und nannte dafür zahlreiche Beispiele. Dennoch dürfe das Zusammenwachsen nicht nur über Politik und Regierung erfolgen, „es bedarf des Aufbaus vieler Partnerschaften auf unterschiedlichen Gebieten und Ebenen“. Die Landesregierung begrüße ausdrücklich die Aktivitäten der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe: „Ich habe den Eindruck, dass dort sehr zielorientiert gearbeitet wird.“

Petitionsausschuss: Wir werden das Thema Strahlengefahr aufmerksam verfolgen

Der Petitionsausschuss, der „Kummerkasten“ der Bürgerinnen und Bürger des Landes, rückt noch näher an die Menschen. Nach der Sommerpause verstärkt er seine ohnehin schon intensive Öffentlichkeitsarbeit und bietet in seinem neuen Domizil, der Horionvilla in Düsseldorf, monatliche Sprechstunden nach vorheriger Anmeldung an. „Die Menschen sollen nicht das Gefühl bekommen, sie würden mit ihren Problemen allein gelassen. Sie spüren vielmehr, dass sich die Politiker um sie kümmern und bemüht sind, Lösungen zu finden“, betonte die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Barbara Wischermann (CDU), bei ihrer Erläuterung des Halbjahresberichts im Plenum Ende Juni.



Barbara Wischermann (CDU)

es hier kein Verfahren geben, mit dem man am Ende sogar Personal reduziert und Kosten senkt?“, fragte Wischermann. Ein anderer wichtiger Bereich sei das Thema Schule — „und das nicht erst seit PISA“. Ihr gehe es diesmal aber um die Zustände an den nordrhein-westfälischen Schulen für geistig Behinderte. Mehrere Schulleiter, so die Vorsitzende, hätten sich mit der Bitte an den Ausschuss gewandt, ausreichend therapeutisches Personal, ähnlich wie an den Schulen für körperlich Behinderte, bereitzustellen. Es gebe einzelne Schulträger, die dieses Personal trotz angespannter Haushaltslage beschäftigen könnten. Andere Kommunen könnten dies aber nicht leisten, und das Land habe nur für das Lehr-, aber nicht für das therapeutische Personal zu sorgen. Hier sollten die beteiligten Ressorts der Landesregierung, auch wenn die Wünsche nicht in absehbarer Zeit erfüllt werden könnten, einen Einstieg in die Aufarbeitung der Problematik versuchen.

Der Bereich des Bauens sei ein weiterer Schwerpunkt, hier vor allem häuften sich seit einiger Zeit die Eingaben gegen Mobilfunkstationen. Niemand wisse gegenwärtig, ob von den verbreiteten elektrischen Feldern eine Gefahr für die Menschen — und hier vollem für Kinder — ausgehe. Rein baurechtlich, so Wischermann, sei in den meisten Fällen nicht viel zu ändern: „Sofern eine Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation vorliegt, gelten die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen als erfüllt.“ Die Mobilfunkunternehmen seien inzwischen sensibler geworden, auch politisch seien die Dinge ebenfalls in Fluss gekommen. Es gebe Hinweise, fuhr sie fort, dass auch unterhalb der bestehenden Grenzwerte Beeinträchtigungen nicht mehr auszuschließen seien. Darum werde der Petitionsausschuss die Diskussion im Interesse der betroffenen Menschen aufmerksam verfolgen, kündigte Barbara Wischermann im Landtag an.

Die Vorsitzende teilte den Landtagsabgeordneten mit, dass im Berichtszeitraum die Zahl der Eingaben deutlich angestiegen sei — von 2 083 im Vorjahr auf 2 360 in diesem Halbjahr. Davon sei ein Fünftel etwa im arbeitsintensiven Verfahren mit zum Teil mehrmaligen Orts- und Erörterungsterminen behandelt worden. Der größte Teil der Petitionen komme aus dem Ausländerbereich. So würden die Mitglieder des Ausschusses um Hilfe gebeten, wenn es um die vorgesehene Abschiebung von Ausländern gehe. Mitbürger aus den Kirchen, aus sozialen und karitativen Organisationen, aus Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden setzten sich für diese Menschen beim Petitionsausschuss ein.

Bei Familien, die auf Grund eines neu geborenen Kindes einen Asylantrag stellten, sei die Verwaltungspraxis im Lande sehr unterschiedlich. Manchmal werde die Abschiebung für die gesamte Familie angesetzt, manchmal werde nur ein Elternteil abgeschoben, andere sprächen eine Duldung für die Dauer der Bearbeitung des Asylantrags aus. Diese Praxis, wandte sich die Ausschussvorsit-

zende an den Innenminister des Landes, sollte dringend für das ganze Land einheitlich geregelt werden. Das Problem liege darin, dass kurz vor der Abschiebung Asylanträge für Kleinkinder überhaupt gestellt werden können.

Beschwerden

Zu einem weiteren Schwerpunkt hätten sich zahlreiche Eingaben von pensionierten Landesbeamten entwickelt, die sich über einen langen Bearbeitungszeitraum — manchmal mehrere Monate — für ihre Beihilfeanträge beschwert hätten. Hier müsste, verlangte die Ausschussvorsitzende, der Finanzminister eine Regelung schaffen, die das Landesamt für Besoldung und Versorgung wieder zu normalen Bearbeitungszeiten von maximal vier Wochen zurückkehren ließen. Zum anderen müsse es sein, dass etwa eine Arztrechnung von zwei Stellen, von der Beihilfe und von der privaten Krankenversicherung, geprüft werden, denn beide prüften dasselbe: „Kann



Musik braucht Förderung — unter diesem Motto stand der parlamentarische Abend, zu dem der Landtagspräsident und die Landesmusikakademie zusammen mit dem Landesmusikrat in die Wandelhalle des Landtags eingeladen hatten. Landtagspräsident Ulrich Schmidt betonte in seiner Begrüßung, es sei beeindruckend, welche Entwicklung die vor 13 Jahren gegründete Landesmusikakademie in Heek bei Ahaus genommen habe. Sie diene über 1,5 Millionen Musikausübenden in NRW als zentrale Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätte und biete auf internationaler Ebene Workshops, Lehrgänge und Seminare an. „Sie gehört durch ihre Ausstattung und Lage zu den attraktivsten Musikakademien in der Bundesrepublik“, führte der Präsident aus und dankte für Engagement und Arbeit des Träger- und des Fördervereins der Landesmusikakademie. — Unser Bild zeigt Ausschnitte aus dem musikalischen Programm, das den parlamentarischen Abend begleitete. Fotos: Schälte

Das Individuum stärken, um Gewalt in der Gesellschaft zurückzudrängen

„Bekämpfung von Gewalt als gesamtgesellschaftliche Herausforderung“ lautete das Thema einer Anhörung von Hauptausschuss (Vorsitzender Edgar Moron, SPD) und Medienausschuss (Vorsitzende Claudia Nell-Paul, SPD) am 25. Juni.

Professor Dr. Marcel Machill von der Bertelsmann-Stiftung fand die beiden Medienregulierungssysteme, die staatliche Regelung und die Selbstverantwortung der Anbieter, noch nicht effizient genug verknüpft. Er warb für ein Zusammenspiel von freiwilliger Selbstklassifikation von Websites und so genannten Negativlisten, die zusätzlich aktiviert werden und Adressen mit jugendgefährdenden oder illegalen Inhalten verzeichnen. Australien sei da Vorbild.

Der Generaldirektor des Europäischen Medieninstituts, Professor Dr. Jo Groebel, hielt nur ein „Konzert verschiedener Maßnahmen“ im Kampf gegen die Gewalt für aussichtsreich. Freiwillige Selbstkontrolle sei sicher gut, aber es gelte dabei zu berücksichtigen, wie die Gewaltproblematik in den immer rascher zusammenwachsenden Medien sich entwickle und was mit denen in der Nische geschehe, die sich in freiwillige Kontrollmechanismen nicht einbinden lassen.

Selbstkontrolle

Der Psychologieprofessor Dr. Rainer Dolase aus Bielefeld richtete den Blick auf die Personen, denn Gewalt entstehe in Kontakt von Mensch zu Mensch und vorwiegend in Gruppen von Gleichaltrigen. In der Schule komme es ganz besonders auf die Lehrerpersönlichkeit an. Für den, der nachhaltig scheitere, müsse es als notwendige Ergänzung der in der Gesellschaft hofierten „Siegerkultur“ Hilfe durch eine noch zu schaffende „Verliererkultur“ geben. Schon ab ersten Schuljahr seien die Fähigkeiten und

Stärken — und nicht in erster Linie die Defizite — eines jeden jungen Menschen herauszuarbeiten und deutlich zu machen. Dolase: „Menschen, die glücklich und zufrieden sind, schlagen nicht.“ Tanja Witting von der Fachhochschule Köln verlangte zur Vorbeugung gegen Gewaltbereitschaft unter jungen Menschen verstärkte Förderung ihrer Medienkompetenz. Zugleich müssten ihnen pädagogisch begleitete Angebote gemacht werden, „die ihnen Alternativerfahrungen neben den medialen Erfahrungen ermöglichen“.

Kurt Südmersen aus Minden berichtete von den Erfahrungen eines Projekts im Bereich ziviler Konfliktbearbeitung, das sich auf kommunaler Ebene der Überwindung von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit und zur Stärkung demokratischer Strukturen verschrieben hat. Er plädierte dafür, in den Gemeinden Netzwerke zu schaffen, die nicht nur die professionellen Akteure der Jugendbetreuung einbeziehen, sondern auch Eltern und ehrenamtlich Tätigen offen stünden.

Auf die entscheidende Bedeutung des Schulklimas machte Wolfgang Brust von der Gesamtschule Schwerte aufmerksam. Hier sei es mit den 900 Schülerinnen und Schülern und drei Betreuungslehrern zusammen mit Fachkräften durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen gelungen, gewalttätiges und aggressives Verhalten von Kindern zurückzudrängen, auch dadurch, dass in solchen Situationen bewusst nicht weggeschaut werde. Das Ergebnis sei eine „ruhige und gewaltfreie Schumatmosphäre“. Dr. Norbert Schneider, Direktor der Landesanstalt für Rundfunk (LfR), urteilte: „Gewalt verkauft sich in allen Medien außerordentlich gut.“ Das liege am „Faszinosum der Gewalt“, dem auch Menschen unterlägen, die Gewaltanwendung in der Kulturgeschichte des Menschen weit hinter sich sähen. Er warnte nachdrücklich davor, wie dies im vorliegenden Jugendschutz-Staatsvertragsentwurf geplant sei, nahezu alles der

Selbstkontrolle durch die Medien zu überlassen. Wenn diese Absicht versage, dann werde in fünf Jahren die „Regulierung“ umso schärfer sein.

Der Ausländerbeauftragte der Landesregierung, Dr. Klaus Lefringhausen, verlangte ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um die Zuwanderer in unserem Land aus dem Zustand „kollektiver Abschottung“ zu befreien. Die Jugendverbände sollten sich für Migranten öffnen, Eltern sollte geholfen werden, besonnen auf verschärfte Generationenkonflikte zu reagieren. Kurz: Den Migranten müsse das belastende Gefühl genommen werden, dass sie ihre eigene Identität nicht in den Integrationsprozess einbringen können, dass sie nicht mehr denken, bloß geduldet zu sein.

„Mehr Gelassenheit“

Die Jugendbeauftragte der Kölner Polizei, Birgit Buchholz, stellte die Erfahrungen mit der Gruppe jugendliche Intensivtäter in den Vordergrund. Die Zusammenarbeit der Polizei mit den Schulen habe sich positiv entwickelt, die Polizei stelle dabei in erster Linie die Prävention in den Vordergrund.

Professor Dr. Hans-Jürgen Schminke vom Deutschen Kinderschutzbund hielt nichts vom Einsatz der Polizei in der Schule. Im Bereich der Medien sollte jungen Menschen geholfen werden, Medienkompetenz zu entwickeln. Beim Thema Gewalt riet er zu mehr Gelassenheit („Regeln werden immer übertreten“) und dazu, den Rechtsstaat vor das Sicherheitsbewusstsein zu setzen.

Die beiden Sprecher der christlichen Kirchen, Ingmar Henning Behrens (Evangelische Kirchen) und Dr. Karl-Heinz Vogt (Katholische Kirche), unterstrichen den Zusammenhang zwischen christlichem Glauben und Gewaltfreiheit. Behrens äußerte Sorge um abnehmende staatliche Kontrolle und zurückgehende Repräsentanz der gesellschaftlichen Gruppen in der Medienaufsicht. Vogt unterstrich die Bedeutung der Familie im Kampf gegen Gewalt und formulierte Anforderungen an Gesellschaft und Politik, um Kinder und Familien zu fördern.

Ein Leben in Achtung und Würde für Menschen mit Handicaps hat die Unternehmerin Käthe Kraemer (M.) mit ihrem vorbildlichen langjährigen Engagement auf sozialem und karitativem Gebiet ermöglicht. Darum wurde sie jetzt im Beisein ihres Mannes (I.) mit dem Verdienstorden des Landes ausgezeichnet, den Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) überreichte. Dabei zeichnete Schmidt den beeindruckenden Lebensweg der in Köln geborenen 81-Jährigen nach und betonte, mit dem Orden, den zu überreichen ihm ein „Herzensbedürfnis“ sei, werde die erfolgreiche Unternehmerin für ihr Lebenswerk und ihre zahlreichen Verdienste im Bereich der Wohlfahrtspflege ausgezeichnet. Sie gehöre, führte Schmidt aus, der selbst Vorsitzender der Lebenshilfe NRW ist, zu den kreativen Frauen der Lebenshilfe, deren Stiftung sie 1992 mit dem Gründungskapital ausgestattet habe. Die schon 1972 ins Leben gerufene „Gold Kraemer Stiftung“ ist mit heute 150 Beschäftigten in den unterschiedlichsten sozialen Einrichtungen eine der größten karitativen Institutionen privater Initiative in Deutschland. Foto: Schälte



Gesellschaft für Wirtschaftsförderung

Im Wirtschaftsausschuss sagte Staatssekretär Jörg Bickenbach in der von Dr. Helmut Linssen (CDU) geleiteten Sitzung am 19. Juni, die von CDU-Sprecher Christian Weisbrich geforderte Effizienzkontrolle bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) sei schwierig, weil Firmen zwar gern die Hilfestellung der GfW bei Auslandsaktivitäten in Anspruch nähmen, über ihre Geschäftspläne jedoch nicht gern informierten.

Die Geschäftsführerin der GfW, Petra Wassner, hatte zuvor im Ausschuss über die Arbeit der Gesellschaft berichtet. Die GfW war mit Prüfungsergebnissen des Landesrechnungshofs

(LRH) über Ausgaben ihres Vorgängers in die Schlagzeilen geraten. Wie die Geschäftsführerin ausführte, sei bereits Anfang 1999 mit der Korrektur von Fehlentwicklungen begonnen worden. Im Vorjahr seien alle 49 Planstellen überprüft und neu bewertet worden. Sieben Stellen würden künftig wegfallen und fünf Stellen niedriger bewertet. Die GfW baue ein Projektcontrolling auf und habe eine zentrale Vertragsverwaltung eingerichtet. Die meisten Beanstandungen des LRH seien nach dem Wechsel in der Geschäftsführung ab 2001 aus eigener Initiative behoben worden.

Den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses wurde aktuelles Werbematerial der „modernen Dienstleistungsagentur“ mit fünf Auslandsniederlassungen (New York, Seoul, Tokyo, Nanjing und Singapur) überreicht.

Kommunalausschuss befasste sich mit Ganztagschule

Im Ausschuss für Kommunalpolitik warb Dr. Axel Horstmann (SPD) in der von Jürgen Thulke (SPD) geleiteten Sitzung am 19. Juni für den zehneitigen Antrag der Koalitionsfraktionen „Erste Konsequenzen aus der PISA-Studie“ (Drs. 13/2660), insbesondere für die Partnerschaft von Land und Kommunen bei der Errichtung von Ganztagschulen, die auch von Ewald Groth (GRÜNE) als großer Erfolg bezeichnet wurde. Hans Peter Lindlar (CDU) und Dr. Ingo Wolf (FDP) lehnten den Antrag unter Hinweis auf Versäumnisse und falsche Weichenstellungen der NRW-Schulpolitik und auf die Finanznot der Kommunen ab.

Der SPD-/GRÜNE-Antrag enthält eine Analyse des Bildungswesens, Zielsetzungen für langfristige Reformen und kurzfristige Maßnahmen sowie sieben Forderungen an die Landesregierung, darunter: Bildungsarbeit im Kindergarten, Aufbau von Ganztagsgrundschulen, Fortbildung des Erziehungs- und Lehrpersonals sowie Leseförderung.

Die flächendeckende Ganztagschule soll eingeführt und mit der Grundschule begonnen werden. Dazu werden mehrere Formen aufgezählt: die „offene“ Ganztagsgrundschule nur für einen Teil der Schüler, die Ganztagsgrundschule für alle neben Halbtagsbetrieb, Kooperation einer Grundschule mit einem Hort oder „ein Mix aus verschiedenen Möglichkeiten“. Bei allen Organisationsformen sollen Leistungen anderer Einrichtungen (Musikschule, Sportvereine, Jugendclubs) genutzt und freie Träger sowie Eltern mit in die Verantwortung genommen werden. Die Entwicklung von Ganztagsgrundschulen solle eine Gemeinschaftsaufgabe von Land, Kommunen, sozialen Verbänden, kulturellen Einrichtungen und Unternehmen sein.

50 000 Unterschriften gegen Landeshundegesetz

Das Aktionsbündnis gegen das Landeshundegesetz NRW (bestehend aus fünf Verbänden) hat die Aktenordner mit den Unterschriftenlisten unter dem Motto „Stoppt das Landeshundegesetz NRW“ vor kurzem dem Landtag übergeben. Aus der Hand des Sprechers Adolf Freiherr von Fürstenberg nahm Vizepräsident Dr.

Ordner mit den Listen



Helmuth Linssen diese (Bild) in Empfang. Der Vizepräsident des Landesjagdverbandes kritisierte bei der Übergabe die Pläne der Landesregierung, als einziges Bundesland Auflagen für die Haltung „großer Hunde“ unabhängig von Rasse und festgestellter

Gefährlichkeit zu verankern und einen totalen Leinenzwang zu verordnen. Bei dem im März diesen Jahres von der Landesregierung vorgestellten Gesetzentwurf, so von Fürstenberg weiter,

habe die Umweltministerin auf Gesprächsangebote und Anträge der Fachverbände und Experten verzichtet. Der Sprecher verlangte echte Prävention gegen Zwischenfälle und effiziente Regelungen mit konsequenter Umsetzung gegen „auffällige Halterinnen und Halter und deren Hunde“, sprach sich für eine Haftpflichtversicherung für alle Hunde aus und lehnte nochmals Rasselisten und die „NRW-Sonderregelung für große Hunde“ ab.

Foto: Schälte

Mit 30 Änderungen Gesetz zur Neuregelung des Sparkassenrechts beschlossen

Im Haushalts- und Finanzausschuss äußerte sich am 19. Juni Vorsitzender Volkmann Klein (CDU) erfreut, dass das Ziel des Ausschusses, angesichts der Bedeutung des Gesetzentwurfs zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute in NRW zu einem möglichst einvernehmlichen Ergebnis zu kommen, habe erreicht werden können. 26 Änderungen, die das Finanzministerium aufgrund der Einigung mit der EU-Kommission angefragt hatte, wurden von den Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN als gemeinsamer Antrag übernommen.

Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, dass der Vorstand der Sparkasse wie bisher von den Gewährträger-

versammlungen und nicht vom Verwaltungsrat entlastet wird, die neue Möglichkeit für Verwaltungsräte, zu Einzelfragen der Sparkassenpolitik auch externen Sachverständigen einschalten zu können und die Klarstellung im Wohnungsbauförderungsgesetz, dass die Entgelte, die die WestLB für die Nutzung des Wohnungsbauvermögens zahlt, der Disposition des Finanzministers unterliegen, wurden jeweils mit Zustimmung aller Fraktionen einstimmig angenommen.

Der Änderungsvorschlag der FDP, wie in Rheinland-Pfalz durch die Möglichkeit von privaten stillen Beteiligungen an Sparkassen deren Charakter als Bürger-sparkasse zu stärken, wurde von den

anderen drei Fraktionen abgelehnt, weil dieser Vorschlag eine schleichende formelle und materielle Privatisierung bedeute.

Die Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN stimmten stattdessen einem Antrag der Koalitionsfraktionen zu, der die bisher in der Sparkassenverordnung geregelte Möglichkeit, die Eigenkapitalbasis der Sparkassen durch die Einräumung von Genussrechten zu erhöhen, in den Gesetzestext übernimmt.

Silvia Winands

Das Gesetz wurde vom Landtag am 26. Juni in zweiter Lesung mit den vom Haushaltsausschuss beschlossenen Änderungen (Drs. 13/2743) angenommen.

Korruption: Wer auspackt, soll milder bestraft werden

Eine gesetzliche Kronzeugenregelung war eine Forderung, die von einem der Sachverständigen in der Anhörung des Hauptausschusses (Vorsitzender Edgar Moron, SPD) Ende Juni erhoben wurde. Es ging in dieser Sitzung um wirksame Maßnahmen und Instrumente zur Bekämpfung der Korruption in Nordrhein-Westfalen, ein Thema mit weitreichender und umfassender Bedeutung, wie der Ausschussvorsitzende betonte. Leitender Oberstaatsanwalt Jürgen Kaspischke von der Kölner Staatsanwaltschaft weiter: Die Telefonüberwachung bei Korruptionsverdacht sollte ausdrücklich erlaubt werden, derzeit dürfe in Bestechungsverfahren „nur in Wohnungen reingehört werden“.

Als „besonders schlimmen Bestandteil der Steuergeldverschwendung“ ordnete der Bund der Steuerzahler Korruption ein — mit erheblich negativen Wirkungen auf das Bewusstsein der Bürger und ihre Steuerehrlichkeit. Die habe, so NRW-Vorsitzender Georg Lampen, schon gelitten, weil eine Mehrheit der Menschen Schwarzarbeit für vertretbar und „die Steuerhinterziehung des kleinen Mannes im Vergleich zur universellen Verschwendung“ für gar nicht so schlimm halte. Lampen: „Korruptionsgefährdung sehen wir überall.“ Als wirksame Mittel dagegen sehe man größtmögliche Transparenz aller Verwaltungsentscheidungen und die korrekte Anwendung der Vergabeordnung Bau (VOB) an. Das Wichtigste sei aber, in allen Verwaltungen und bei allen Politikern das Bewusstsein dafür zu schaffen, „dass Korruption ein die Allgemeinheit schädigendes Delikt ist“.

Selbstverpflichtung

In den Verwaltungen könnten Job-Rotation, Vier-Augen-Prinzip, wirksame Dienstaufsicht, gut ausgebaute interne Kontrollmechanismen, die Durchsetzung des Annahmeverbots für Geschenke und die Installierung von Anti-Korruptionsbeauftragten wirksame Mittel sein. Auch die jährliche Abgabe einer Selbstverpflichtungserklärung sei notwendig. Im Übrigen hofften die Steuerzahler auf die positiven Wirkungen des neuen Informationsfreiheitsgesetzes. Professor Dr. Josef Wieland von der

Fachhochschule Konstanz plädierte dafür, die Unternehmen „mit ins Boot der Korruptionsbekämpfung zu nehmen“. In den Betrieben sei ein „Ethik-Management“ als Bestandteil der Unternehmenskultur zu etablieren, um den Willen der Beschäftigten gegen Korruption zu stärken. Es helfe nicht weiter, das Problem zu personalisieren, es müsse Strukturen geben. Alle Geschäftsprozesse seien umzustellen, um integriertes Verhalten zu erwirken. Wegen der finanziellen und moralischen Schäden solle Korruption unterbunden werden; Firmen, die hier präventiv tätig würden, sollten „belohnt“ werden — dieses Mittel habe sich schon in den USA gut bewährt. Die materiellen Schäden von Korruption seien nicht bezifferbar, erklärte Professor Dr. Britta Bannenberg aus Bielefeld. Sie betonte die Eigenschaft, dass korruptes Verhalten — es gebe bundesweite Kartelle von Wirtschaftsunternehmen, die „Korruption als Vertriebsstrategie“ einsetzten — sich stark abschotte, es sei Zufall, wenn es auffalle. Darum räte sie zu einem „multiplen System aus Repression und Prävention“ in einem Netzwerk aller aufdeckenden Stellen und Sanktionen. Dazu gehöre zum Beispiel, dass Rechnungshöfe und Rech-

„Integritätspakte“ in Form von Nicht-Bestechungs-Verpflichtungen zu propagieren und bei Bruch mit scharfen Sanktionen zu versehen. Die aktuellen Vorfälle in Sachen Korruption seien nicht nur Fälle der Verwaltung, sondern auch der Politik — auf diese Feststellung legte der Sprecher der kommunalen Spitzenverbände, Jens

Fortbildung

Lattmann, Wert. Polizei und Staatsanwaltschaft sollten nicht nur repressiv auf die Kommunen zukommen, sondern sie auch durch Fortbildungsangebote oder Richtlinien präventiv unterstützen. Zudem sollte es bei der kommunalen Korruptionsbekämpfung kein von oben vorgegebenes Vorgehen geben; kleine und große Gemeinden seien nicht über einen Kamm zu scheren. Lattmann wünschte mehr Klarheit in der „rechtlich unsichereren Grenze“ zwischen Vorteilsnahme und Sponsoring: Hier geschehe es schon, dass Gemeinden Sponsoring und gemeinnützige Zuwendungen rundheraus ablehnten, „um auf der sicheren Seite zu bleiben“. Zum Schluss Staatsanwalt Jürgen Ka-



Hauptausschussvorsitzender Edgar Moron (SPD, r.) begrüßt vor der Anti-Korruptionsanhörung im Plenarsaal den Vorsitzenden eines der insgesamt vier eingeladenen Ausschüsse: Klaus Stallmann, CDU, Vorsitzender des Innenausschusses (2. v. r.). Mit auf dem Bild: Carina Gödecke (SPD, l.) im Gespräch mit Marianne Thomann-Stahl (FDP) sowie Ausschussassistent Frank Schlichting.
Foto: Schälte

nungsprüfungsämter bei Verdacht von sich aus Informationen zur Verfügung stellten und dass Informanten besser geschützt werden. Denkbar seien auch Ombudsleute, die Hinweise auf Korruption sammelten und weiterleiteten. An dem geplanten Anti-Korruptionsregister sollten sich die Kommunen zwingend beteiligen, forderte sie.

Dr. Peter Eigen, Vorsitzender von „Transparency International“, regte an, sich beim Kampf gegen Korruption nicht nur auf Staat und Privatwirtschaft zu verlassen: Als dritter Akteur sollte die Zivilgesellschaft aktiviert werden, um die „Koalition gegen Korruption“ zu bauen. Statt zu sehr aufs Strafrecht mit persönlicher Schuld und Buße zu bauen, sei ein ganzheitlicher Ansatz zu verfolgen. Wie das Immunsystem des Menschen gebe es in der Gesellschaft ein „Integritätssystem“. Dies sei zu stärken und zu nutzen, um überall und in großem Maßstab

pischke: Er warnte vor „hektischen“ Strafverschärfungen. Die Erfolge im Kampf gegen Korruption seien auf Zufälle und das Engagement von Einzelnen zurückzuführen, die bei einer Auf-

„Kommissar Zufall“

tragsvergabe nicht zum Zuge gekommen seien. Der Staatsanwalt wies darauf hin, eine effektive Strafverfolgung gelinge nur, wenn die erforderlichen persönlichen und materiellen Voraussetzungen bereitgestellt würden. Gesetzestech-nisch müsse die Verdunkelungsvorschrift überdacht werden, weil sie unbrauchbar sei: Korruption werde von langer Hand vorbereitet, ihre Vertuschung eingeplant. Anti-Korruptionsbeauftragte, so seine letzte Anregung, dürften nicht in die Verwaltung eingebunden sein.

NRW ist Radfahrland Nummer eins

Nordrhein-Westfalen ist unbestritten Radfahrland Nummer eins. Das sagte Leitender Ministerialrat Hans-Jürgen Schäfer zu Beginn seines Berichts über den Radverkehr in NRW im Verkehrsausschuss. Für das Thema habe der Ausschuss einen guten Zeitpunkt gewählt, da der Bundestag gerade einen nationalen Radwegeplan beschlossen habe.



Der Verkehrsausschuss will seine Tradition fortsetzen und im nächsten Jahr wieder eine Radtour durchführen, hier bei der Radtour 1999 im Paderborner Land, v. l. Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD), damals sein Stellvertreter Gerhard Wächter (CDU), Harald Holler (Ausschussassistent).

Schon in der Sommerpause wolle das Verkehrsministerium einen Radroutenplan ins Internet stellen, der nicht nur auf das Radwegenetz, sondern auch auf Sehenswürdigkeiten, Restaurants, Hotels und Zugverbindungen hinweisen werde, teilte Schäfer mit. NRW werde eine einheitliche Wegweisung einführen. Alle 396 Kommunen und alle Bahnhöfe sollten angebunden werden. Dabei gehe es nicht nur um Radwege, sondern auch um Abmarkieren von Fahrbahnteilen und Öffnen von Einbahnstraßen. Von den geplanten 100 Fahrradstationen seien 44 fertig, mit denen auch rund 400 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose und Behinderte geschaffen worden seien. Auch mit der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden sei viel erreicht worden.

Das Fahrrad sei nicht nur ein echtes Verkehrsmittel, sondern auch ein Wirtschaftsfaktor und ein Umweltfaktor, sagte Schäfer. Marie-Luise Fasse (CDU) mahnte eine bessere Abstimmung mit den Nachbarländern an. Bernhard Schemmer (CDU) setzte sich für den Vorrang der Sicherheit beim Radfahren ein und beklagte einen Investitionsstau an Rad-

wegen im Münsterland. Dietmar Brockes (FDP) betonte den touristischen Wert ausgebauter Radwege. Peter Eichenseher (GRÜNE) lobte die beachtliche Leistung des Landes und bat um eine Defizitanalyse sowie Belege für die Verkehrssicherheit. Dr. Rolf Hahn (CDU, Rheinisch-Bergischer Kreis) machte auf die für Radfahren weniger geeignete Topografie in vielen Gegenden des Landes aufmerksam. Dazu weist das Ministerium auf die Möglichkeit der Verknüpfung mit öffentlichen Verkehrsmitteln durch Fahrradmitnahme hin.

Bundes- und Landesmittel sollen den Umstieg fördern

Erstmals hat der Bund im Haushalt 2002 einen eigenen Titel für den Bau von Radwegen an Bundesstraßen eingerichtet. Von dem Gesamtvolumen von 100 Millionen Euro hat NRW eine Bedarfszuweisung von zehn Millionen Euro erhalten.

Das teilte der Verkehrsminister dem GRÜNE-Abgeordneten Dr. Thomas Rommelspacher auf dessen Anfrage mit (Drs. 13/2440). Im Vorjahr seien 81 Kilometer Radwege an NRW-Bundesstraßen im Bau gewesen.

Davon seien 32 Kilometer fertig gebaut worden. An Landesstraßen seien im gleichen Jahr 50 Radwege mit einer Länge von 71 Kilometern gebaut worden. Für 2002 seien 28 Radwege-Baumaßnahmen geplant.

Das Land bezuschusse auch kommunale Projekte und habe dafür im Vorjahr 28 Millionen Euro gezahlt. Da der Bund wegen des Radwege-Titels das Volumen für den Um- und Ausbau von Bundesstraßen abgesenkt habe, könnten zusätzliche Maßnahmen für Radwegbau an Bundesstraßen in den Jahren ab 2002 nicht in Angriff genommen werden, teilte das Landesministerium mit.

Etwa die Hälfte aller PKW-Fahrten in den Städten liege unter fünf Kilometern, erläutert das soeben verteilte Handbuch „FahrRad in NRW!“ und hält eine Steigerung des Radverkehrsanteils auf 25 Prozent in den Städten für realistisch.

Eröffnungsbilanz für Bau- und Liegenschaftsbetrieb

Das Land ist Großgrundbesitzer und Eigentümer von 4 775 Gebäuden

Der Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ nahm in der Sitzung am 20. Juni die Eröffnungsbilanz des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB) zum 1. Januar 2001 (Vorlage 13/1494) zur Kenntnis. Laut Gesetz bewirtschaftet der BLB die Immobilien des Landes nach kaufmännischen Grundsätzen, erläuterte Abteilungsleiter Rolf Kraehmer (Finanzministerium). Ein Vertreter der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die den Wert der Landesliegenschaften gutachterlich ermittelte, beantwortete zusätzliche Fragen des Vorsitzenden Günter Garbrecht (SPD) und weiterer Abgeordneter.

Gemäß der Eröffnungsbilanz beträgt das Anlagevermögen des BLB 9,4 Milliarden Euro. Es besteht aus allgemeinem Grundvermögen und dem Verwaltungsgrundvermögen. Bei den Anlagen wurden 8,4 Milliarden Euro für Grundstücke und Bauten, 494 Millionen Euro für technische Anlagen und Maschinen

und 512 Millionen Euro für Anzahlungen und Anlagen im Bau angesetzt. Zur Bewirtschaftung ungeeignete Grundstücke und Gebäude wurden nicht dem BLB übertragen, ebenso die den Universitätsklinikum zur unentgeltlichen Nutzung überlassenen Grundstücke und Gebäude. Die nun dem BLB zur Bewirt-

schaftung übertragenen 1477 Grundstücke haben eine Gesamtfläche von knapp 44 Millionen Quadratmeter. Die Anzahl der in Landesbesitz befindlichen Gebäude beträgt 4775. Als Gesamtwert der Gebäude wurden 15 Milliarden Mark (gut sieben Milliarden Euro) ermittelt.

Das Umlaufvermögen des BLB beträgt 85 Millionen Euro. Das Eigenkapital wurde auf 1,1 Milliarden Euro beziffert. Erstmals in der Geschichte von NRW sei der Immobilienbesitz des Landes erfasst und bewertet worden, sagte der Vertreter des Finanzministeriums. Bezüglich der Werte und der Kosten bestehe nun Transparenz. Die Wertermittlung sei Grundlage für eine ökonomische Bewirtschaftung. Instandhaltungsdefizite der Vergangenheit seien gebäudescharf ermittelt worden. Der BLB hat für Altlastenbeseitigung eine Rückstellung von 641 Millionen Euro gebildet.

HafenAG Duisburg auf Erfolgskurs

Der Verkehrsausschuss besichtigte während einer Wasserstraßenberei-
nung am 20. Juni auf dem Datteln-
Hamm-Kanal die laufenden Ausba-
maßnahmen und behandelte ein „Ha-
fenkonzept“ für NRW. Am folgenden
Tag bereiste er den Duisburger Hafen
und den neuen Logport Rheinhausen.
Im neuen KundenServiceCenter in
Duisburg-Wedau schalteten ver-
ständnisvolle Dienstleister von DB
Cargo die Fernsehübertragung des
Viertelfinalspiels Deutschland-USA
ein, wo den Besuchern „nachhaltiges“
und dennoch siegreiches Fußballspiel
geboten wurde.

Erstaunt entnehmen die Ausschussmit-
glieder der Hafen-Tischvorlage der Lan-
desregierung, dass NRW über 23 öffent-
liche und 97 private Häfen verfügt. Die
privaten Häfen seien eine wichtige Er-
gänzung, heißt es dazu. Die meisten Bin-
nenhäfen hätten spezifische Stärken. Die
Konzentration auf wenige Binnenhäfen
wird vom Ministerium nicht empfohlen.
Am folgenden Tag bereiste der Aus-
schuss mit Staatssekretär Jörg Henner-
kes und dem Technik-Dezernatsleiter
der Wasser- und Schifffahrtsdirektion
West, Jürgen Landgrebe, den Duisburger
Hafen, den größten Binnenhafen
Deutschlands. Der Vorstandssprecher
der Aktiengesellschaft „Duisport“, die die
öffentlichen Häfen verwaltet, Erich Staake
bezeichnete die Struktur aus Bundes-,
Landes- und städtischer Beteiligung (je
15,3 Millionen Euro am Grundkapital) als
ideal. Während Duisburg in den neunzi-
ger Jahren alle Entscheidungszentren
von Großfirmen verloren habe, seien die
Häfen ein Erfolgsmodell. Im Vorjahr habe
Duisport einen Umsatz von 34 Millionen
Euro und wachsendes Umschlagvolu-
men erzielt.

Europa-Zentralen

Transportlogistik sei einer der wenigen
Wachstumsmärkte, sagte Staake und
berichtete von intelligenten Systemlö-
sungen der HafenAG, die weit über bis-
herige Infrastrukturangebote hinausgingen.
„Nur weil hier der Rhein vorbeifließt,
kommt keiner nach Duisburg“, meinte er
und schilderte die Erfolge bei der Ver-
kehrsanbindung und der Ansiedlung von
Warenverteilzentren. Die Hinterland-Ver-
sorgung, in den Seehäfen selten inte-
griert, verursache mehr als 50 Prozent
der gesamten Transportkosten und sei in
Duisburg ein Schwerpunkt. 60 Prozent
der Hafensfläche seien verkauft. Heute
hätten acht der 12 größten europäischen
Logistikunternehmen ihre Zentrale in

Toller Erfolg: Über 20 000 Euro für soziale Zwecke Landtagspräsident Ulrich Schmidt spendete zum 60. Geburtstag



Da können sich alle freuen: Jeweils über 5000 Euro überreichte Landtagspräsident Ulrich Schmidt an Karin Bayh (von links), „Wetterleuchten“ e.V., Gerd Buchner, „Lebenshilfe“, Kerstin Landwehr, „Kinder helfen Kinder“, Ellen Buchner, „Lebenshilfe“, und Jochen Winter, Stiftung „Zukunft AWO-Ennepe-Ruhr“.
Foto: Ulrich Horn

„Er ist aufgestiegen, ohne abzuheben.“ Ein schöneres Kompliment hätte Ministerpräsident Wolfgang Clement Landtagspräsident Ulrich Schmidt zum 60. Geburtstag kaum machen können. Und da der Mann aus Wetter/Ruhr auch an seinem Geburtstag nicht an sich, sondern an andere dachte, können sich jetzt viele soziale Einrichtungen freuen. Statt Geschenke gab es an seinem Jubeltag Spenden. Immerhin über 20 000 Euro sind inzwischen zusammengekommen. Das Geld hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt jetzt gerecht verteilt. Jeweils mehr als 5000 Euro überreichte er vor seinem Wahlkreisbüro in Wetter/Ruhr an die Stiftung „Zukunft AWO-Ennepe-Ruhr“, an „Kinder helfen Kinder“, an den Verein für Afghanistan Förderung e.V., an „Wetterleuchten“ e.V., ein Verein zur psycho-sozialen Versorgung in Wetter/Ruhr und Herdecke, und an die „Lebenshilfe“, dem Kreisverband Ennepe-Ruhr-Hagen in Hattingen.

Duisburg. Nach marktbewusster Ausrich-
tung der Verwaltung sei Duisport heute
ein modernes Dienstleistungszentrum
für alle Unternehmensabläufe und solle
größter Binnenhafen Europas werden.
Seit drei Jahren sei der Konzern einer
der drei größten Bauunternehmen in
NRW mit 1700 Beschäftigten im Bau.

Am neuen intermodalen Terminal für (zu-
nehmende) Importkohle sei Duisport be-
teiligt. Nach enttäuschenden Verhand-
lungen mit der Deutsche Bahn AG habe
Duisport die eigene Bahngesellschaft
„DuisportRail“ gegründet, um den Hafens-
verkehr und die Schienenanbindung zu
optimieren, berichtete Staake.

Staake sparte nicht mit deutlichen Wor-
ten, wenn er versäumte politische Wei-
chenstellungen kritisierte. Er forderte, die
Politik müsse trotz nachvollziehbarer
Wahlkreisinteressen endlich mit der
Gießkannen-Förderung aufhören. Von
hundert Terminals für kombinierten Gü-
terverkehr Straße/Bahn in Deutschland
sei jedes zweite pleite. Im neuen Contain-
er-Zentrum des Dortmunder Hafens
gebe es keine wasserseitige Verladung,
sodass ein Container-Shuttle nach Duis-
burg eingerichtet worden sei.

„Wir kriegen nichts hin“, sagte er im Hin-
blick auf eine bessere Anbindung an die
Nachbarländer, „in Deutschland dauert
alles“. Beim so genannten „Eisernen
Rhein“ genügten drei Umläufe, also

sechs Zugbewegungen pro Tag. Bei
deutlicher Kritik an der Politik lobte der
Vorstandssprecher aber auch das Ent-
gegenkommen der Landesregierung
und die gute Verständigung mit Oberbür-
germeisterin Bärbel Zieling, auch „bei
komplexen Sachverhalten“.

Der Verkehrsausschuss fuhr an-
schließend rheinaufwärts zum linksrhei-
nischen Großprojekt „Logport“, dem
Ausbau des früheren Thyssen-Krupp-
Geländes in Rheinhausen zu einem
weiteren Logistikzentrum mit Wasser-
anschluss. Die Riesenfläche (270 Hek-
tar) musste saniert und komplett neu
erschlossen werden. 15 Kilometer
Schienen wurden neu gelegt, dabei 750
Meter lange Gleise für Ganzzugtrans-
porte aus Rotterdam und Antwerpen.
Straßen wurden gebaut. Durch Ansied-
lung von 12 mittelständischen Unter-
nehmen seien in den früheren Lagerhal-
len 350 Arbeitsplätze entwickelt wor-
den. Mehrere große Transportunterneh-
men haben ihre europäischen Waren-
verteilzentren in Rheinhausen neu ge-
baut. Das gesamte Logport-Projekt
kostet laut Staake 200 Millionen Euro.
Durch private Investitionen komme etwa
noch einmal das Dreifache hinzu. Das
trimodale Terminal (Straße-Schiene-
Wasserstraße), das im Oktober in Be-
trieb genommen werden soll, werde das
modernste in Deutschland sein.

Haushaltsausschuss in USA

Bund hat das Geld, Staaten haben die Macht, Kommunen die Probleme

Unter der Leitung des Vorsitzenden Volkmar Klein (CDU) informierte sich eine Delegation des Haushalts- und Finanzausschusses vom 9. bis 18. Mai in Denver, Washington und New York über das Steuersystem in den Vereinigten Staaten, den Budgetprozess, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Einzelstaaten, die Möglichkeiten der öffentlichen Schuldenaufnahme sowie über die Situation der Börsen in Philadelphia und New York.

In Denver (Bundesstaat Colorado) erläuterten Senatorin Peggy Reeves, stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, und Senator Penfield Tate den Ablauf des Budgetprozesses im Parlament und die staatliche Schuldenaufnahme. Einmalig ist in Colorado die Tax Payers Bill of Right, ein Steuerzahler-Gesetz als Anlage zur Verfassung, seit 1992 in Kraft. Danach dürfen die staatlichen Ausgaben pro Jahr nur um einen bestimmten Prozentsatz steigen. Liegen die Staatseinnahmen darüber, müssen die darüber hinausgehenden Gelder an die Steuerzahler zurückgezahlt werden.

geben 32 Prozent der Ausgaben für Bildung, 24 für medizinische Hilfen (Medicaid) und soziale Sicherung sowie neun Prozent für Highways aus.

Die Stärke des US-Föderalismus bestehe in der Ausgewogenheit der Steuerquellen und dass Wohlhabende mehr zum Staatsaufkommen beitragen. Die Schwäche seien Gesetze des Bundes und der Staaten, die die Staaten und die Kommunen einzuhalten hätten. Auf eine Frage antwortete Abgeordnete Zelio, ein gewisser Ausgleich werde durch Bundesförderprogramme geschaffen, die zumeist

100 Dollar in Washington erwirtschaftetem Verdienst könnten wegen des Wohnsitzprinzips nur 34 Dollar steuerlich hier erfasst werden.

Im Gespräch mit Timothy Bitsberger (US-Finanzministerium) ging es vor allem um die Schuldenaufnahme. Zur Deckung des Kreditbedarfs gibt das Finanzministerium kurz- und langfristige Anleihen heraus. Kreditlinien bei Banken bestehen wegen des Kreditrisikos nicht. Früher musste der US-Kongress jede einzelne Schuldenaufnahme genehmigen, jetzt sei ein gesamtzulässiger Schuldenstand bewilligt worden. Die USA hätten derzeit drei Billionen Dollar auf dem Markt handelbare Schulden und 2,5 Billionen Dollar Buchschulden (Verpflichtungen der Sozialversicherungen, Rentenversicherung etc). Der Schuldenstand sei von 50 auf 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesunken, so dass derzeit die Reduzierung der Steuern Pri-

Steuerzahler-Gesetz

Nach aktuellen Fragen der NRW-Abgeordneten antwortete Senatorin Reeves, Colorado müsse einen ausgeglichener Haushalt vorlegen, so dass eine langfristige Schuldenaufnahme nicht möglich sei. Es könne jedoch ein Wähler-votum eingeholt werden, um zum Beispiel mit Hilfe von Anleihen Highways zu bauen. Sie sei gegen derartige Anleihen, weil dadurch Lasten auf künftige Generationen verlagert würden. Colorado verfüge über einen Rentenfonds für Staatsangestellte in Höhe von 800 Millionen Dollar.

Über den fiskalischen Föderalismus in den USA informierten die Abgeordneten Judy Zelio und Karl Kurtz von der National Conference of State Legislatures. Die Haupteinnahmen aller drei Ebenen sind Einkommensteuern, Verbrauchsteuern, Einfuhrzölle sowie Eigentumssteuern. Davon erhielten die Bundesregierung 69, die Staaten 19 und die Kommunen 12 Prozent. Das Steueraufkommen der Kommunen bestehe zu 76 Prozent aus Grundsteuern.

Die Bundesebene gebe 18 Prozent der Gesamtausgaben für Verteidigung und äußere Sicherheit, 22 für Soziale Sicherung, 12 für medizinische Hilfe für ältere Menschen, sechs für medizinische Hilfe für Arme und Behinderte (Medicaid) sowie 15 Prozent für Zinszahlungen auf Staatsanleihen aus. Die Bundesstaaten



Der Elefant als Symbol für eine der beiden großen Parteien in den USA regte ebenso wie der Esel für die andere Partei Künstler zur Stadtgestaltung von Washington an.

an bestimmte politische Ziele gekoppelt seien.

In der Bundeshauptstadt Washington eröffnete Dr. Natwar Gandhi, Leiter der Finanzverwaltung, das Gespräch mit einem amerikanischen Sprichwort: „Der Bund hat das gesamte Geld, die Einzelstaaten haben die gesamte Macht und die Kommunen haben die ganzen Probleme.“ Die wichtigsten Ausgabenbereiche der Stadt seien Bildung und Gesundheit. In den vergangenen 20 Jahren seien Besserverdienende in die Vororte von Washington gezogen, so dass die Steuereinnahmen gesunken seien. Von

Kürzungspläne

orität genieße. In Annapolis, der Hauptstadt von Maryland, trafen die Abgeordneten Nancy K. Kopp, die seit Februar 2002 amtierende Finanzministerin. Maryland sei ein relativ wohlhabender Staat, in dem viele Bedienstete leben, die in Washington arbeiten. Außerdem sei die Rüstungsindustrie hier stark vertreten. Das Haushaltsvolumen des Staates betrage 20 Milliarden, der Schuldendienst 500 Millionen Dollar und der Pensionsfonds für öffentliche Bedienstete enthalte 30 Milliarden Dollar, die komplett investiert seien. Den angesammelten Rücklagen in Höhe von 400 Millionen Dollar flössen die erwirtschafteten Zinsen wieder zu. Aus einer Rezessionsphase habe Maryland gelernt, wie schmerzhaft Kürzungen in laufenden Programmen seien, so dass jetzt bei Haushaltsüberschüssen Rücklagen für einmalige Ausgaben gebildet würden. Auf die Frage, ob Maryland Probleme erwarte durch die Steuerkürzungspläne der Regierung Bush, sagte die Ministerin, es gebe direkte Auswirkungen, da einige Steuern an den Bund gekoppelt seien. Allerdings könnte es Maryland sogar nützen, wenn die Bürgerinnen und Bürger die eingesparten Steuern vor Ort wieder ausgeben.

Weitere Gespräche zum Thema „Situation der Börsen in den USA“ führte die Delegation mit dem Vizepräsidenten von NASDAQ International, Vertretern der Börse in Philadelphia sowie der New York Stock Exchange in New York.

Silvia Winands

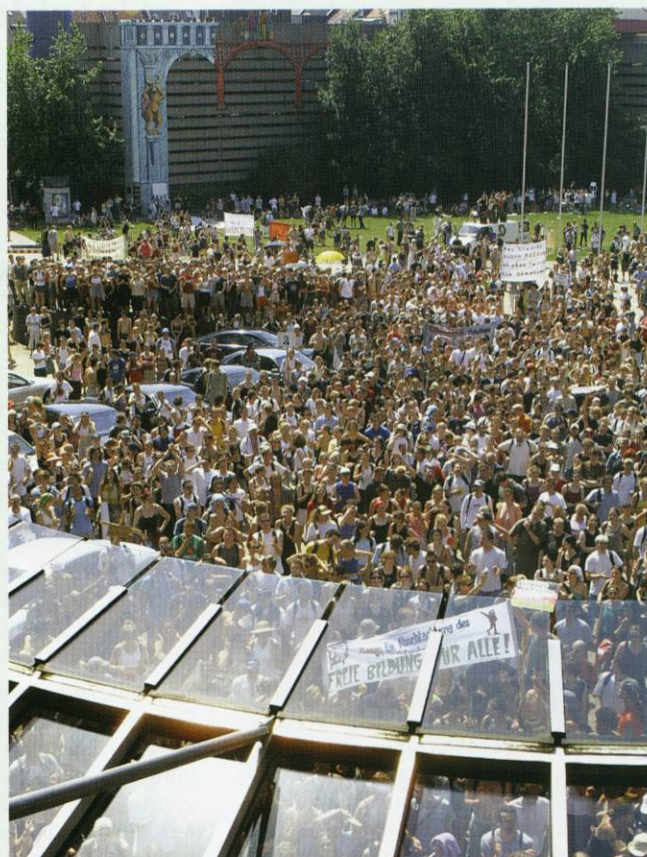
Neue Basis für Sanierungsverband

Altlastensanierung und Flächenrecycling stellen wichtige Maßnahmen des Umweltschutzes, der Wirtschaftsförderung, des Strukturwandels und der Stadtentwicklung dar. Von dieser Erkenntnis hat sich das Land seinerzeit bei der Gründung des Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverbands Nordrhein-Westfalen (AAV) leiten lassen.

Die ursprünglich vorgesehene Finanzierung durch Pflichtbeiträge und Lizenzzahlungen hielt dann allerdings der gerichtlichen Überprüfung nicht stand. Das Bundesverfassungsgericht gab den Beteiligten im März 2000 auf, anstelle der Lizenzregelung neue Wege zu finden. Schon mit dem Haushalt 2001 hat der Landtag darum die Voraussetzungen für den Abschluss einer freiwilligen Kooperationsvereinbarung zur Sicherung des AAV und den haushaltsrechtlichen Rahmen geschaffen. Die vorgesehenen Mittel blieben bis zur Einwilligung durch die beiden zuständigen Landtagsausschüsse gesperrt.

Seit Beginn des Jahres liegt nun eine auf drei Jahre befristete Kooperationsvereinbarung zwischen Wirtschaft und Umweltministerin vor, der auch die kommunalen Spitzenverbände des Landes beigetreten sind. Sie hat folgende Eckpunkte: Die Vertragspartner der Industrie verpflichten sich zu freiwilligen Leistungen von jährlich 4,1 Millionen Euro, die dem AAV für Maßnahmen der Altlastensanierung zur Verfügung gestellt werden. Die Kommunen tragen eine gute halbe Million Euro bei, in dem sie an den AAV pro Jahr einen Beitrag von drei Cent pro Einwohner für Altlastensanierungsmaßnahmen leisten. Das Land seinerseits stattet den AAV für eben diese Maßnahmen mit Haushaltsmitteln in Höhe von 4,6 Millionen Euro aus. Es verpflichtet sich außerdem, keine Andienungs- und Überlassungspflichten und Abgaben für besonders überwachungsbedürftige Abfälle einzuführen.

Damit ist die Landesregierung dem einstimmig im April dieses Jahres verabschiedeten Antrag aller vier Fraktionen (Drs. 13/2561 neu) gefolgt, in dem die Landesregierung aufgefordert worden ist, den zuständigen Ausschüssen über die konkreten Ergebnisse der Verhandlungen zu berichten und die entsprechenden Unterlagen zuzuleiten, so dass nach Prüfung eine Entsperrung der Haushaltsmittel vorgenommen werden kann. Diese Mittel sollen sicherstellen, dass Unternehmen und Kommunen mit dem AAV auch weiterhin ein kompetenter und arbeitsfähiger Partner für die Altlastensanierung zur Verfügung steht, denn, so heißt es in der Kooperationsvereinbarung, die besonderen Fachkenntnisse und Leistungen des AAV auf dem Gebiet der Altlastensanierung und im Bereich abfallwirtschaftlicher Aufgaben würden von Land, Kommunen und Wirtschaft geschätzt.



Studentenproteste vor dem Landtag: Am Dienstag, 18. Juni, durchbrachen Studentinnen und Studenten die Bannmeile des Landtags und begingen Hausfriedensbruch. Mit Transparenten, wie „Das geht so nicht weiter“ und „Clement raus“-Rufen forderten etwa 3 000 Studierende die Rücknahme der geplanten Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen. Hausherr und Landtagspräsident Ulrich Schmidt entschärfte die Situation, trat am Nachmittag des 18. Juni nach zweieinhalbstündigen Protesten vor die erregten Gemüter. Schmidt beruhigte die aufgebrachten Studierenden, gab bekannt, dass die 21 jungen Frauen und Männer, deren Personalien von der Polizei festgestellt wurden, wieder auf freien Füßen sind, und bat darum, dass die Bannmeile geräumt wird. Tatsächlich zogen sich die Studenten zurück, übrig blieben leere Getränkeflaschen und jede Menge Müll auf dem Vorplatz. „Wir haben nichts gegen Demonstrationen“, sagte Landtagspräsident Ulrich Schmidt. Doch er reagiere empfindlich, wenn die Bannmeile des Landtags durchbrochen, Hausfriedensbruch begangen wird und die Abgeordneten nicht frei ihre Arbeit ausüben können und erst recht nicht in den Landtag hinein und hinaus kommen. Foto: Schälte

Polizeiwache Eigelstein:

Nachspiel im Innenausschuss

Der Innenausschuss hat sich am 20. Juni mit den Vorkommnissen in der Polizeiwache Eigelstein (Köln) und der Frage befasst, ob eine Mitschuld der Bediensteten an dem Tod des dort verhafteten und später im Krankenhaus verstorbenen Stefan N. bejaht werden muss. Stefan N. soll auf der Wache schwer misshandelt worden sein.

Der Innenminister berichtete, gegen einige Polizeivollzugsbedienstete würden

staatsanwaltschaftliche Ermittlungen laufen. Zu den sonstigen Maßnahmen zählen Disziplinarmaßnahmen und auch die Umsetzung des Dienststellenleiters zu einer anderen Wache. Bei ihm handele es sich um einen unbescholtenen Beamten, gegen den auch keine Ermittlungen oder Disziplinarverfahren laufen.

Die SPD-Fraktion sagte dazu, sie sehe eine solche Maßnahme für richtig an, denn es sei nötig, regelmäßig verfestigte Behördenstrukturen zu brechen. Damit würden die übrigen Vollzugsbediensteten zugleich in ihrer beruflichen Tätigkeit stabilisiert, die nicht immer erfreulich sei. Dem in solchen Fällen zu beobachtenden „Korpsgeistdenken“ muss nach Ansicht der GRÜNEN-

Fraktion stärker entgegengewirkt werden.

Der Innenminister stellte in einer Zwischenbewertung fest: Die Vorkommnisse stellten keine Besonderheit in Köln und auch nicht innerhalb der nordrhein-westfälischen Polizei dar. Es gelte auch zukünftig, „schwarze Schafe“ unter den Polizeivollzugsbediensteten zu entlarven, zu bestrafen und dienstrechtliche Konsequenzen zu ziehen. Mutige Kollegen und Kolleginnen, die sich – wie hier im Kölner Fall – trauten, die Vorgänge anzuzeigen, verdienten Schutz und Unterstützung. Hilfsangebote (wie zum Beispiel psychologische Beratung) gebe es für beide Seiten, sie müssen nur angenommen werden.

Aktuelles aus den Ausschüssen

Der **Sportausschuss** befasste sich am 24. Juni mit dem Thema Seniorsport. Der Landessportbund (LSB) zeigte seine Ausstellung „Bewegte Senioren“, die vom LSB ausgeliehen werden kann. — Das Thema wurde auch in der Plenardebatte „Leben im Alter“ behandelt, über die wir in der nächsten Ausgabe berichten.

Im **Ausschuss für Migrationangelegenheiten** teilte Sozialminister Harald Schartau am 28. Juni mit, von der Haushaltssperre seien Maßnahmen der Integrationsoffensive NRW im Jahr 2003 mit einem Volumen von 2,1 Millionen Euro betroffen. Er bemühe sich um Ausnahmeregelungen. Aus dem Haushaltsentwurf 2003, der das Kabinett am 2. Juli passieren werde, seien die Umsetzungsvorschläge der Ressorts für die Integrationsoffensive zu ersehen. Die Oppositionsfraktionen äußerten sich enttäuscht über mangelndes Engagement der einzelnen Ressorts bei der Umsetzung und wiesen auf mögliche Schritte wie die Feststellung sprachlicher Defizite hin, die nichts kosteten. (Bericht auf Seite 19)

Der **Ausschuss für Grubensicherheit** informierte sich am 5. Juli im Tagebau Garzweiler über die Grubensicherheit und aktuelle Entwicklungen des Braunkohlenbergbaus bei Rheinbraun.

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** vertagte die Abstimmung über die Umsetzung von „Gender Mainstreaming“ zugunsten eines gemeinsamen Antrags aller Fraktionen. Er vertagte auch die Abstimmung über den CDU-Antrag, den Landesnachweis für ehrenamtliches Engagement nicht nur auf soziale, sondern auch auf kulturelle und sportliche Tätigkeiten zu übertragen. Einstimmig angenommen wurde der SPD-/GRÜNE-Antrag, integrative Ansätze sozialer Stadtentwicklung fortzuführen.

Im **Hauptausschuss** werden am 5. September Sachverständige zur Frage angehört, ob das Konnexitätsprinzip in die Landesverfassung aufgenommen werden soll. Es geht um (gesetzliche) Aufgabenübertragung und die dafür erforderliche Finanzausstattung.

Der **Verkehrsausschuss** führt am 9. September eine öffentliche Anhörung zu Änderungen des Regionalisierungsgesetzes (Drs. 13/2706) durch.

Geschlechtsspezifische Unterschiede bei Arzneimitteln müssen erforscht werden

Die Enquetekommission „Zukunft für eine frauengerechte Gesundheitsversorgung in NRW“ hat das Thema „Frauen und Arzneimittel“ zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht. Professor Dr. Petra A. Thürmann, Lehrstuhl für Klinische Pharmakologie Universität Witten/Herdecke, war als Expertin in der Sitzung Ende Juni zu Gast. Sie vertrat die Auffassung, dass in der Praxis ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen bei der Aufnahme und dem Stoffwechsel von Arzneimitteln, der Wirkung und den Nebenwirkungen von Arzneimitteln, dem Einschluss von Männern und Frauen in Studien und Forschungsprojekte zu Arzneimitteln sowie der Arzneimitteltherapie.

An Beispielen verdeutlichte sie, welche Folgen die Geschlechtsblindheit in Forschung, Therapie und der Gesundheitsversorgung speziell von Frauen nach sich zieht: Dass es Unterschiede zwischen Männern und Frauen nicht nur im Stoffwechsel, sondern auch im Hormonhaushalt gibt, gehöre heute zum Alltagswissen. Dass dies jedoch Einfluss auch auf die Medikamenteneinnahme haben muss, wäre demnach nur die logische Konsequenz. Eigentlich müsste es Medikamenten-Beipackzettel für Männer und Frauen geben. Dies ist aber nicht der Fall. Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der körperlichen Verarbeitung von Arzneimitteln sind nachgewiesen. Zusätzlich bestehen Einflüsse durch orale Kontrazeptiva (Pille oder Hormone in der Postmenopause). Zyklusbedingte Hormonschwankungen haben einen hohen Stellenwert. In der Pharmaforschung geht man ihnen jedoch nicht systematisch auf den Grund. Die klinische Relevanz dieser Realitäten ist dennoch oftmals unbekannt und wurde bisher nicht einmal genauer in der Pharmaforschung untersucht. Von Über- oder Unterdosierungen muss daher ausgegangen werden!

Thürmann berichtete weiter, häufig wür-

den geschlechtsspezifische Unterschiede zufällig aufgedeckt, etwa bei der Testung eines neuen Messinstruments zur Narkoseüberwachung. Dabei zeigte sich bei 178 Frauen und 96 Männern, dass nach einer standardisierten körpergewichtsbezogenen Narkose Frauen signifikant schneller aufwachten als Männer. Dies decke sich auch mit Befunden, dass Frauen von Operationen offenbar mehr mitbekommen, eine weniger tiefe Narkose haben und offenbar höhere Dosierungen von Narkotika benötigen. Das kann aber auch am Stoffwechsel der Narkotika liegen, die bei Frauen möglicherweise anders verteilt und schneller wieder abgebaut werden. Folge von zu hoher/zuniedriger Dosierung von Medikamenten bei Frauen ist, dass sie weniger von der Medikamententherapie profitieren als Männer. Außerdem erleiden sie andere unerwünschte Wirkungen, sprich Nebenwirkungen.

Das Verordnungsverhalten der Leistungserbringer wurde von Krankenkassen schon häufiger kritisch unter die Lupe genommen: Ärztinnen und Ärzte medikamentieren Frauen anders als Männer. In einer Studie der Innungskrankenkasse konnte nachgewiesen werden, dass für Frauen „preisbewusster“ verordnet wird. Würde dieses sparsame Verordnungsverhalten auch auf Männer übertragen, ließen sich so schon mehrere Milliarden Euro einsparen. Aber erschreckend sei auch, dass Frauen mehr „umstrittene“ Medikamente verordnet bekommen: Der Arzneimittelreport 2000 weist dies nach. Dieser Frage der Ursachen geschlechtsspezifischer Unterschiede müsse sich die Forschung über Arzneimittelanwendung in Zukunft stärker zuwenden. Die Frage sei allerdings, wer darüber zu bestimmen habe.

Der Vortrag von Professor Thürmann enthielt etliche Anregungen und Empfehlungen, die in die Arbeit der Enquetekommission „Zukunft für eine frauengerechte Gesundheitsversorgung in NRW“ nutzbringend einfließen werden.

Regina Jürgens

Höhepunkt der diesjährigen Studienreise ehemaliger Abgeordneter des Landtags NRW war der Empfang im sächsisch-anhaltinischen Landtag durch den neu gewählten Landtagspräsidenten Professor Dr. Adolf Spitzka (auf dem Bild rechts neben dem früheren NRW-Justizminister Dr. Rolf Krumsiek). Auf dem Programm der 96 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Reise standen ferner die Städte Magdeburg, Quedlinburg und Wernigerode sowie eine Fahrt mit der Harzquerbahn auf den Brocken.

Foto: Manfred Heinemann





Abgeordnete fragen nach Umsetzung der im Landtag verabredeten Integrationsoffensive

Landesregierung räumt Probleme mit der Finanzierung ein

Ende Juni hat der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten (Vorsitzende Britta Altenkamp, SPD) eigens eine Sondersitzung anberaumt, um über die haushaltswirtschaftlichen Planungen der Landesregierung zur Umsetzung der Integrationsoffensive NRW im Jahr 2003 zu beraten. Dieses erste integrationspolitische Programm eines Bundeslandes war bekanntlich im vergangenen Jahr einstimmig von den Landtagsfraktionen beschlossen worden. Zu der Sitzung war außerdem der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Herr Dr. Klaus Lefringhausen eingeladen worden, um den Stand der Gespräche mit muslimischen Verbänden zur schulischen Situation von Migrantenkindern in Nordrhein-Westfalen zu schildern.

Die Integrationspolitik des Landes habe derzeit mit erheblichen Haushaltsdefiziten in Höhe von 2,1 Millionen Euro zu kämpfen, die aus der Haushaltssperre vom 12. Mai dieses Jahres resultieren. Aufgrund dessen gestalte sich die Umsetzung einzelner Projekte in diesem Bereich als äußerst schwierig, wie der Minister für Arbeit und Soziales, Harald Schartau (SPD), einräumte. Zusammen mit dem Finanzminister arbeite er aber ganz klar auf Ausnahmeregelungen hin. Mit diesem Hinweis reagierte Schartau auf den Vorwurf der Oppositionsfraktion, er lasse auf Worte keine Taten folgen. Thomas Kufen (CDU) bemängelte die fehlende Vorbereitung auf die Sondersitzung. Er erwartete sich einen innovativen Projektplan mit neuer Schwerpunktsetzung und einen vorläufigen Haushaltsplan der SPD-Fraktion in Bezug auf die Integrationsoffensive NRW, auf dem

sich weiter aufbauen lasse – man solle wenigstens sehen, dass was getan wird. Die vorgelegte Drucksache habe ihn enttäuscht, da nur die alten Projekte weitergeführt würden und beispielsweise das aktuelle Thema der Früherkennung von Sprachdefiziten und deren Behebung ziemlich auf der Strecke bleibe. Auch sein Fraktionskollege Willi Zylajew und die FDP-Abgeordnete Dr. Ute Dreckmann verlangten nach klaren Plänen, denen Taten folgen sollten. Ihre Kritik: „Die Beschlüsse der Tagungen versacken in den Ministerien.“

Minister Schartau bemerkte, dass sich die Landesregierung durchaus mit dem Thema beschäftige und Haushaltsvorkehrungen getroffen werden, deren Maßstab die Integrationsoffensive NRW ist. Die Schwierigkeit der Umsetzung der Projekte liege auch in der Prozesseinleitung und nicht nur in der Finanzierung. Ein Treffen

Sondersitzung des Migrationsausschusses v.l.: Vera Dedanwala (SPD), Minister Harald Schartau, Ausschussvorsitzende Britta Altenkamp (SPD), CDU-Fraktionsmitarbeiter Dr. Alexander Schmidt-Gernig und Willi Zylajew (CDU). Fotos: Schälte

mit den Ministerinnen Gabriele Behler und Birgit Fischer (SPD) sowie allen betroffenen Generalkonsuln kündigte er für Anfang Juli an. Außerdem wolle er eine regelmäßige Berichterstattung an die Fraktionen im Migrationsausschuss erreichen.

Zum Schluss der Sondersitzung des Ausschusses kam der Integrationsbeauftragte der Landesregierung, Dr. Klaus Lefringhausen, zu Wort. Er fand es beim Tagesordnungspunkt „Bericht des Integrationsbeauftragten der Landesregierung über den Stand der Gespräche mit muslimischen Verbänden zur schulischen Situation von Kindern muslimischen Glaubens“ nicht einfach, den Stand der Dinge zu bestimmen: Derzeit befinde sich alles im Fluss, erklärte er. Lefringhausen bezog sich dabei auf die Gespräche zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts und darauf, muslimische Verbände „sprechfähig“ zu machen. Parallel dazu wurde die Situation der Mennoniten und Baptisten in Espelkamp unter dem gleichen Aspekt der Integrationsförderung in den Schulen angesprochen. Weil an diesem Tag die 65. Plenarsitzung unmittelbar bevorstand, wurde die Vertiefung der Debatte im Migrationsausschuss auf den 26. September verabredet.

„NRW hat von Zuwanderung profitiert“

„Einheit in Vielfalt – Programm für eine erfolgreiche Politik der Integration“ ist der Untertitel der Integrationsoffensive NRW, die der Landtag auf Vorschlag des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten Ende Juni vergangenen Jahres mit den Stimmen aller vier Fraktionen beschlossen hat. Darin findet sich folgende Passage:

„Integration kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie als Querschnittsaufgabe verstanden und umgesetzt wird. Sie umfasst Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Sozialpolitik, die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, die Frauenpolitik, die Seniorenpolitik, die Schulpolitik sowie die Innen- und Justizpolitik. Eine erfolgreiche Integration bedarf der Unterstützung von Seiten der Politik, der Wirtschaft, der Medien, der Wissenschaft, der Kirchen sowie der Vereine und Verbände.

Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen hat über Jahre von Zuwanderung profitiert. Nordrhein-Westfalen

hat in seiner Geschichte erhebliche Integrationsleistungen sowohl seitens der Zuwanderinnen und Zuwanderer als auch von Seiten der hiesigen Gesellschaft vollbracht. Wir dürfen aber nicht versäumen, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Zugewanderten ihre Qualifikationen auch tatsächlich in unser Gemeinwesen einbringen können. Ihre Ressourcen gilt es nicht brach liegen zu lassen, sondern sie – auch im Interesse unseres Arbeitsmarktes und der Sozialversicherungssysteme – nutzbar zu machen. Wir sehen daher in der Zuwanderung eine Chance für unsere Gesellschaft.“



Geburtstagsgäste aus aller Welt haben den Landtag besucht. 180 jugendliche Fußballer sind von Landtagsvizepräsident Dr. Helmut Linsen (l.) empfangen worden. Auf Einladung des Landessportbundes und des MSV Duisburg, der in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag feiert, waren sie fünf Tage zu Gast in Nordrhein-Westfalen. Eine Rolle spielte im Besuchsprogramm auch die Kampagne „Wir handeln fair. NRW“, auf die Vizepräsidentin Edith Müller aufmerksam gemacht hat: Sportlich im Fußballdress gekleidet überreichte sie der Jugendmannschaft des VfL Bochum einen Fußball, der nicht von Kinderhand zusammengenäht ist. Müller: Bälle aus fairer Produktion mit ihrem leicht höheren Preis können im Herstellungsland die sozialen Verhältnisse verbessern helfen.

Foto: Schälte

Am Ende um den Sieg gefürchtet

Gastgeber und Gegner des FC Landtag war das Allstar-Team des FC Vreden zum Doppeljubiläum des 750-jährigen Bestehens der Stadt Vreden und des 50-jährigen Bestehens des Fußballklubs.

Bei schwüler Witterung entwickelte sich zunächst ein verteiltes Spiel. Dann aber kam der FCL besser in die Gänge und leitete seine Chancen über die Außenbahnen ein. Über links kommend war es dann Jens Harmeier, der die FCL-Sturm- spitze Werner Mayer einsetzte. Und dieser ließ sich nicht lumpen, ließ mit rasch aufeinander folgenden, typisch burgenländischen Körpertäuschungen zwei Ge-

genspieler ins Leere laufen und vollstreckte dann hart und präzise: eine tolle Einzelleistung.

Jetzt lief das Spiel des FCL noch besser. Es war zeitweise Anschauungsunterricht in modernem Fußball – eine sichere Abwehr als Fundament mit Torwart Wolfgang Kölker, Bernhard Tenhumberg, Bernd Heimfarth, Jupp Siebert, keineswegs starr, sondern elastisch auf die wechselnden Spielsituationen reagierend. Ein lauffreudiges Mittelfeld mit Jörg Krause, Jens Harmeier, Jürgen Cosse sowie rochierende Angriffsspieler mit Werner Mayer, Hans Zinnkann, Jan Tenhumberg und Andreas, das Ganze garniert durch den die Impulse setzenden, den Spielfluss dirigierenden Wolfgang

Euteneuer. Noch vor der Pause erhöhte der FCL auf 3 : 0. Beide Tore erzielte der Youngster Jan Tenhumberg, das eine in Abstaubermanier aus kurzer Entfernung, das andere mit sehr engagiertem Einsatz und gekonntem Abschluss aus 14 Metern Entfernung.

Auch die zweite Hälfte kontrollierte der FCL, die zahlreichen Chancen allerdings verwertete er nicht. Das sollte sich rächen. Zehn Minuten vor Schluss fiel aus heiterem Himmel plötzlich das 1 : 3. Damit nicht genug, denn weitere vier Minuten später stand es nach einem Strafraumgetümmel gar nur noch 2 : 3. Damit drohte der Spielverlauf auf den Kopf gestellt zu werden, denn nun witterten die Allstars Vreden natürlich die Chance, doch noch den Ausgleich zu erzielen. Schließlich aber rettete der FCL den verdienten Sieg über die Zeit.

Wolfram Dorn blickt im Zorn zurück: „Minister haben Parlamentarier belogen“



„In einer Zeit des heißen Krieges, an dem auch Soldaten der Bundeswehr beteiligt sind, erleben wir zurzeit eine skandalöse Informationspolitik des Verteidigungsministers gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung“, sagt Autor Dorn und erinnert sich nur zu genau an die Zeit der NATO-Übung FALLEX 66, „... als Minister im Regierungsbunker die Parlamentarier belogen haben.“

Das nunmehr 30. Buch des ehemaligen NRW-Landtagsabgeordneten Wolfram Dorn, der von 1961 bis 1972 auch Mitglied des Deutschen Bundestages war, basiert auf Geheim-Dokumenten. Einst stimmte er als einziger Bundestagsabgeordneter gegen den Einsatz von Atomwaffen. Ab April 1999 sichtete Dorn zunächst die Ausschussprotokolle des Bundestages, bevor er nach Freigabe

der wichtigsten Geheimunterlagen ab Januar 2000 die insgesamt 26 Ordner durcharbeitete.

Obwohl Wolfram Dorn damals als Informierter galt, erfuhr er Tatsachen und Einzelheiten der dramatischen Entwicklung um FALLEX 66 erst bei seinem Aktienstudium; immerhin mehr als 30 Jahre später.

In elf Kapiteln, zahlreichen Abdrucken von einstigen Geheim-Dokumenten und vielen Bildern nimmt Dorn die Leser mit zu den umstrittenen NATO-Planungen (Kapitel I) für FALLEX, lässt ihn die Eröffnung von Kampfhandlungen des Warschauer Pakts (Kapitel IV) mit erleben und die Nachwehen von FALLEX 66 (Kapitel X) spüren, um im Kapitel XI „Der weite Weg zur Wahrheit oder wie der Deutsche Bundestag belogen wurde“ aufzuklären. Doch der Parlamentarische Staatssekretär a.D. beschränkt sich nicht nur auf eine sachliche Dokumentation, sondern will mit der Veröffentlichung des Buches „So heiß war der kalte Krieg: FALLEX 66“

auch etwas erreichen: „Die zahlreichen Interviews, Artikel und Reden, mit denen die politische Öffentlichkeit zur FALLEX 66 Übung überhäuft wurde, veranlassen mich, ein Thema aufzugreifen, das nicht ohne Bedeutung für die Politik ist: Die Frage nach der Glaubwürdigkeit politischer Aussagen und Verhaltensweisen. Wir brauchen einen politischen Stil, der die Demokratie glaubwürdig macht. Sind die in ihr agierenden politischen Parteien und Personen unglaubwürdig, so wird schließlich auch die Demokratie selbst unglaubwürdig.“ Nach einer Parallele, die Wolfram Dorn zur Information der Öffentlichkeit während des Kosovo-Krieges zieht, endet der Epilog seines 185 Seiten starken Buches mit den Worten: „Ich meine, der Weg zur Wahrheit ist zu weit.“ (us)

Wolfram Dorn
So heiß war der kalte Krieg: FALLEX 66,
Dittrich Verlag, 2002
ISBN: 3-920862-39-2

Egal was oder wer sie verursacht – gegen Klimagase heute schon etwas tun

Das Klimaschutzkonzept NRW der Landesregierung stand im Mittelpunkt einer Anhörung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung unter dem Vorsitz von Klaus Strehl (SPD). Sechs Sachverständige waren geladen, um das vom Landtag angestoßene und inzwischen von der Landesregierung vorgelegte Klimaschutzkonzept NRW einer ersten Bewertung zu unterziehen.

Heinrich Kemper als Sprecher des Westfälisch-Lippischen und des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes hielt eine Verringerung der Schadgasemissionen aus der Landwirtschaft grundsätzlich für machbar und richtig – dies allerdings vor dem Hintergrund, „dass bestimmte Emissionen durch die Essgewohnheiten der Konsumenten bestimmt werden“. Die Landwirtschaft biete an, einen Teil der Energie im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe bereitzustellen; so seien sieben bis zehn Prozent des Dieserverbrauchs durch Biodiesel zu ersetzen. Es gelte aber: „Alles funktioniert nur, wenn es sich für den Landwirt rechnet, egal ob dies durch Subvention oder durch den Preis der Ware am Markt erreicht wird.“

Globaler Ansatz

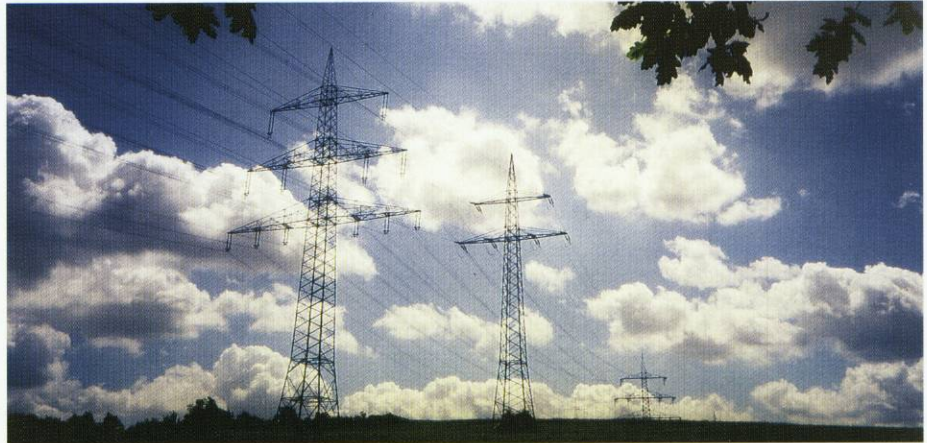
Ein Prozent der weltweiten Emissionen an Treibhausgasen (für den Treibhauseffekt wird zu 90 Prozent Kohlendioxid – CO₂ – verantwortlich gemacht) werde in NRW ausgestoßen, rechnete Stefan Lechtenböhrer vom Wuppertal Institut vor. Der Treibhauseffekt sei sehr schwer wissenschaftlich zu belegen, räumte er ein, aber es sei eine Besorgnis erregende Entwicklung, wenn sehr viele Wissenschaftler davon ausgingen, dass die Erwärmung mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auf menschliche Einflüsse zurückzuführen sei. Wenn dies letztendlich belegt werden könne, sei es vermutlich für Gegenmaßnahmen zu spät. Darum sei eine vernünftige Vorsorgepolitik notwendig, um sich gegen das Risiko abzusichern. „Zum anderen ist Klimaschutz auch aktive Arbeitsmarktpolitik“, stellte er fest und nannte als Beispiel vor allem den Baubereich, wo großer Bedarf an der energetischen Sanierung bestehender Gebäude vorhanden sei.

Frank Overmeyer von der DaimlerChrysler AG vertrat einen anderen Standpunkt. Für ihn sei unter Experten durchaus diskussionswürdig, „ob das Argument, anthropogen (d.h. vom Menschen) verursachte Klimaveränderungen seien heute unser drängendstes Problem, wirklich realistisch ist oder ob wir uns eventuell in etwas verrennen und glauben, wir könnten durch unsere Aktivitäten die Welt ret-

ten“. Er plädierte dafür, mit den vorhandenen Ressourcen sparsam umzugehen und die eigene Abhängigkeit von Energielieferanten im Nahen Osten oder in Russland zu verringern. Ganz entscheidend sei auch, Staaten wie die USA oder die Schwellenländer Indien, und China dazu zu bringen, in nachhaltige Technologien zu investieren. Das gelinge aber nur, wenn für die Menschen in diesen Ländern „Win-win-Situationen“ aufgezeigt würden, also die Erkenntnis, dass sich für sie Handeln unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit lohne. Im Übrigen rate er, das Problem des Klimaschutzes nicht regional anzugehen, sondern den Blick für die Welt zu öffnen: „Wenn wird hier davon reden, dass wir etwas gegen die globale Klimaveränderung tun wollen, dann müssen wir auch global denken und handeln“. Der ehemalige Präsident des Geologischen Landesamtes NRW, Professor Dr.-Ing. Peter Neumann-Mahlkau, teilte mit, (nur) etwa fünf Prozent der CO₂ – Emissionen sei menschlich verursacht – „dadurch wird das Ganze natürlich relativiert“, sagte er dem Ausschuss. Es gebe

eine Hälfte des zu beobachtenden Temperaturanstiegs sei auf CO₂, die andere auf andere Ursachen zurückzuführen: „Da man es nicht besser weiß, ist es im Sinne der bereits angesprochenen Vorsorge sicherlich besser, etwas zu tun“. Was die Kosten der CO₂ – Minderung angehe, so gebe es Berechnungen, deren Spanne von 0 bis über 500 Euro pro Tonne CO₂ reiche – „wobei dies in Bezug auf die Kohle den Faktor 4 beinhaltet“. Was die Forschung in NRW angehe, so widme sich das Forschungszentrum Jülich mobilen und stationären Brennstoffzellen und der Photovoltaik. Was den Einsatz regenerativer Energien in NRW, hier speziell die Windenergie, angehe, so führe ihr Einsatz im dichtbesiedelten Land zu Schwierigkeiten. Mit höheren Akzeptanzproblemen sei deswegen zu rechnen, weil es sich bei der Windenergie um eine Technik handle, die in die freien Naturräume dränge und nicht in den alten Industriestandorten angesiedelt werden könne, wo die Menschen mit der Technik vertraut seien.

Aus der Sicht der Industrie trug Herbert



Sommerliches Wolkenbild mit Überlandleitung: Der Zusammenhang zwischen Energieerzeugung und globaler Erwärmung durch Treibhausgase aus Verbrennungsprozessen ist eine der Herausforderungen, vor die sich die moderne Zivilisation gestellt sieht. Foto: Kamp

eine Untersuchung, in der die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe zu dem Ergebnis gekommen sei, „dass der CO₂-Gehalt von jetzt etwa 360 ppm (= parts per million) auf etwa 1 000 ppm ansteigen, sich also verdreifachen müsste, bevor es zu klimarelevanten Auswirkungen käme. Uns steht auf der Erde zurzeit nicht so viel fossiler Kohlenstoff zur Verfügung, als dass wir einen solchen Anstieg erreichen könnten“. Anstatt über Klimaveränderungen auf der Basis von Wetterbeobachtungen der letzten 150 bis 200 Jahre zu mutmaßen, „sollten wir das Schwergewicht unserer Aussage darauf legen, dass wir mit den knappen Rohstoffen sparsam umgehen“. Er, Neumann-Mahlkau, sei der Überzeugung, dass Nachhaltigkeit im Energieverbrauch nur über den Preis zu erreichen sei. Dr. Manfred Walbeck vom Forschungszentrum Jülich teilte die Auffassung, die

Nickel zum geplanten Emissionshandel auf europäischer Ebene bei, man wisse nicht, ob dieser Handel, wie er im Augenblick diskutiert werde, Vorteile bringen werde. Im Hinblick auf die Produktionswirtschaft sei es sicher so, dass Zweifel an der Meinung angebracht sind, hier könnten erhebliche Potentiale erschlossen werden. Als Beispiel nannte Nickel die deutsche Stahlindustrie, die unter Umständen die gesamte Oxygenstahlerzeugung (= 60 Prozent der Gesamtproduktion) einstellen müsste, wenn die ehrgeizigen Minderungsziele hierzulande erreicht werden sollen. Was die Aufwendungen zur Minderung von Treibhausgasen anbelange, so bitte er um Verständnis für die Aussage, dass dabei für die Industrie „die Kosten natürlich im Vordergrund stehen“. Es sei ihm nicht klar, was durch diesen „Ablasshandel“ in diesem Bereich noch zu bewegen sei.

Freimuth (SPD): „Wir schaffen Hürden für das Ballungsraumfernsehen aus dem Weg“

Einstimmig hat sich die SPD-Landtagsfraktion für eine Änderung der Regelung zur Verlegerbeteiligung an Rundfunkveranstaltern ausgesprochen. Auch der Koalitionspartner hat dem Textvorschlag der SPD-Fraktion zugestimmt. „Mit der jetzt vorgesehenen Generalklausel, die auf eine Einzelfallprüfung durch die Landesanstalt für Medien hinausläuft, wahren wir die verfassungsrechtlichen Grenzen, setzen aber gleichzeitig die Ampeln auf Grün für tragfähige und zukunftsweisende Konzepte der Veranstaltung von Ballungsraumfernsehen“, erklärte der stellvertretende medienpolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Frank Freimuth.

Verfassungsrecht gebietet es, mit gesetzlichen Regelungen die Herausbildung einer vorherrschenden Meinungsmacht durch die Beteiligung an Rundfunkveranstaltern zu unterbinden. Mit der Regelung, auf die sich die Koalitionsfraktionen nun verständigt haben, wird festgelegt, dass Presseunternehmen, die in einem Verbreitungsgebiet eine marktbeherrschende Stellung im Zeitungs- oder Zeitschriftenmarkt innehaben, auf Rundfunkveranstalter weder unmittelbar noch mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben dürfen. Damit obliegt es der Landesanstalt für Medien, in jedem Einzelfall festzustel-

len, ob die Grenzen des Zulässigen noch eingehalten sind.

Frank Freimuth wies darauf hin, dass die SPD-Fraktion sich stets für das Ballungsraumfernsehen eingesetzt habe. In den letzten Wochen und Monaten seien verfassungsfeste Lösungen erarbeitet worden, die gleichzeitig das Verlegerengagement in diesem Feld nicht unnötig erschweren oder unmöglich machen. „Vor allem haben uns viele sehr sachlich und konstruktiv geführte Diskussionen beim Medienforum NRW in Köln weitergeholfen“, so Freimuth, „mit der jetzt gefundenen Lösung sind wir auf einem guten Weg.“

CDU: Umstrittenes Landeshundegesetz zurückziehen

Wegen der massiven Expertenkritik am Landeshundegesetz fordert die CDU-Landtagsfraktion die rot-grüne Regierungskoalition auf, ihren umstrittenen Entwurf zurückzuziehen. „Die Kritik der Fachleute am rot-grünen Gesetzentwurf war vernichtend“, sagt der stellvertretende Vorsitzende und agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Eckhard Uhlenberg. Seine Schlussfolgerung: „Da helfen keine Reparaturen mehr, da hilft nur noch einstampfen und komplett neu machen.“ „Ich habe bisher noch keine Anhörung erlebt, in der ein Gesetzentwurf derart mas-

siv von Sachverständigen kritisiert worden ist“, erläutert Uhlenberg. In allen zentralen Punkten stellten die Experten dem Gesetzentwurf ein vernichtendes Zeugnis aus: Bemängelt wurden Rasselisten, die nur eine Scheinsicherheit vortäuschen, sowie Anleinpfllichten, von denen Hunderttausende Hundehalter und ihre Tiere zu Unrecht drangsalieren würden.

Uhlenberg: „Die Ignoranz der rot-grünen Landesregierung ist ärgerlich. Anerkannte Fachleute wurden nicht ernst genommen, stattdessen wird die Öffentlichkeit für dumm verkauft. Das ist unerträglich.“ Der

CDU-Politiker verweist auf die Übergabe von 50 000 Protestunterschriften an den Landtagsvizepräsidenten im Juni. „Wenn Ministerin Höhn und die Koalitionsfraktionen immer wieder behaupten, die Menschen hätten sich mit der Situation abgefunden, dann kann ich nur feststellen: Hochmut kommt vor dem Fall“, kritisiert Uhlenberg.

Die CDU sei jederzeit bereit, mit den anderen Fraktionen und unter frühzeitiger Einbindung von Experten einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der die Menschen vor tatsächlich gefährlichen Hunden sowie verantwortungslosen Züchtern und Haltern schützt, kündigt Uhlenberg an.

FDP: Späte Einsicht beim Landesmediengesetz

Was den Sachverständigen bei der Anhörung und wiederholten Intervention der FDP bisher versagt blieb, ist den vereinigten Kritikern am Rande des Kölner Medienforums in der vergangenen Woche doch noch gelungen: Die unhaltbaren Restriktionen der Verlegerbeteiligung am Ballungsraumfernsehen und bei tv.nrw werden doch noch aus dem Gesetz gestrichen. „Damit hat die Landesregierung gerade noch rechtzeitig auf der Zielgeraden das Landesmediengesetz im Sinne der FDP geändert und die rot-grünen Koalitionäre zur Vernunft gebracht“, sagte der medienpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Stefan Grüll.

Noch im März hatte Clement die abenteuerlichen Beschränkungen mit dem Verfassungsrecht begründet. Kurz vor der zweiten Lesung im Plenum dann die späte Einsicht beim Ministerpräsidenten. Clement spricht sich für die Streichung der Beschränkungen in § 33 IV aus und zwingt fünf Minuten vor zwölf seine Partei und den Koalitionspartner zum Einlenken.

Damit ist den von der FDP für die zweite Lesung erneut beantragten Änderungen des § 33 entsprochen worden, das heißt, es wird keine Begrenzung bei den Stimmrechts- bzw. Kapitalanteilen geben und die ungehinderte Zulieferung eigenproduzierter Pro-

grammteile wird ermöglicht. Dies ist die Grundlage für eine weiterhin positive Entwicklung bei tv.nrw und der parlamentarische Startschuss für Ballungsraumfernsehen in Nordrhein-Westfalen.

Grüll: „Die zuvor vorgesehenen Zulieferungsbeschränkungen und Beteiligungsbeschränkungen hätten den wirtschaftlichen Kollaps für tv.nrw und das Ende aller Ballungsraumfernseher-Fantasien in NRW bedeuten.“ Die FDP hat daher frühzeitig Anträge eingereicht mit dem Ziel, auf Beschränkungen bei der Programmzulieferung gänzlich zu verzichten.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



Über Kunst und ihre soziokulturelle Wirkung

sprach der Intendant der RuhrTriennale Gerard Mortier (M.), der auf Einladung des kulturpolitischen Sprechers Oliver Keymis bei der GRÜNEN-Landtagsfraktion zu Gast war. Mortier, der von der Fraktionsvorsitzenden Sylvia Löhrmann (r.) herzlich begrüßt wurde, hat für die ersten drei Jahre die künstlerische Leitung bei der RuhrTriennale übernommen. Er stellte drei Fragen, welche die Plattform seiner Überlegungen bilden: Was ist klassisch? Was bedeutet interkulturell? Und: Wie gehen wir mit unseren Traditionen, „mit unserem kulturellen Erbe“ um, von dem André Malraux sagte, es sei „der Teil, der uns hilft zu leben“. Gerard Mortier machte in Gegenwart des grünen Kulturministers Michael Vesper deutlich, wie wichtig das Engagement des Landes sei, da man so zum Beispiel ein Viertel des Kartenkontingents für nur zehn Euro anbieten könne. Links im Bild Rüdiger Sagel (GRÜNE).

Plenum des Landtags verabschiedet Gesetze

In zweiter Lesung haben die Abgeordneten des Landtags NRW das **Landesmediengesetz** (Gesetzentwurf der Landesregierung Drs. 13/2368) in Form der Empfehlung des Medienausschusses (Drs. 13/2740) und unter Einbeziehung des Änderungsantrags von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/2774) verabschiedet.

Der Zusammenlegung der **Landesjustizvollzugsämter** für die 38 Justizvollzugsanstalten des Landes ist von SPD, GRÜNEN und FDP in zweiter Lesung in Form der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses (Drs. 13/2742 und 2769) zugestimmt worden.

Videotheken bleiben auch künftig im Lande an Sonn- und Feiertagen geschlossen. Einen Gesetzentwurf, mit dem die FDP das bestehende **Feiertagsgesetz** ändern wollte (Drs. 13/1520), haben SPD, GRÜNE und CDU auf Empfehlung des Hauptausschusses (Drs. 13/2744) abgelehnt.

In zweiter Lesung hat der Landtag das **Polizeiorganisationsgesetz** an die Entwicklung im Lande angepasst und die von der Landesregierung vorgeschlagenen Änderungen (Drs. 13/2201) in Form der Beschlussempfehlung des Innenausschusses (Drs. 13/2745) mit den Stimmen von Koalition und FDP und gegen das Votum der CDU angenommen.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung über die **Ausbildung für Lehrer an öffentlichen Schulen** (Drs. 13/2084) hat der Landtag in zweiter Lesung auf Beschlussempfehlung des Schulausschusses (Drs. 13/2741) mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit verabschiedet.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 884 23 03, 884 23 04, 884 25 45 und 884 23 09, FAX 884 30 22

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Es ist die eine Frage, die immer wieder kommt, wenn Rainer Schmeltzer Schülergruppen im Landtag empfängt: „Was muss man denn studieren, wenn man Abgeordneter werden will?“ Und dann beantwortet er diese Frage immer wieder mit seinem eigenen Lebenslauf: Mittlere Reife 1977, danach Ausbildung und Abschlüsse zum Wohnungswirt und Wohnungsfachwirt. Er arbeitet zwölf Jahre lang bei einer Dortmunder Wohnungsgesellschaft und dann – ab 1992 – als Gewerkschaftssekretär bei der ÖTV, erst in Berlin, dann in Unna. Bis er im Juni 2000 für die SPD im Wahlkreis 137 Unna III mit den Städten Lünen und Selm in den Landtag zieht. „Ich ernte dann immer weit geöffnete Münder, weil es immer noch das Bild gibt, dass man für ein Landtagsmandat eine akademische Ausbildung mitbringen muss“, sagt der 41-Jährige.

Schon als Jugendlicher schreibt er sich auf die Fahnen, dass er in die Politik gehen will. Die Eltern sind beide SPD-Mitglied. Kein Wunder, dass er mit 16 SPD-Mitglied und mit siebzehneinhalb Jusovorsitzender des Ortsverbandes seiner Heimat Lünen wird. An ein Landtags- oder gar Bundestagsmandat denkt er da noch nicht. Jetzt sagt er: „Wenn man Spaß daran hat, dann ist das auch ein Stück Leben.“

Als er von der Wohnungswirtschaft zur ÖTV nach Berlin wechselt, ist das für ihn „ein Schnitt in meinem Leben, ein Sprung ins kalte Wasser“. Zwar kennt er die Gewerkschaftsarbeit aus seinem früheren Job – dort war er am Ende Betriebsratsvorsitzender. Doch seine eigentliche Aufgabe war, sich um die Probleme der Mieter zu kümmern und später im Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mitzuarbeiten.

Gewerkschaftsarbeit

Er nutzt also die Chance, die ihm die Gewerkschaft bietet und startet eine neue Karriere bei der ÖTV, für die er in einem Projekt Betriebsräte aus den neuen Bundesländern schulen soll, „nicht theoretisch, sondern ich sollte ihnen zeigen, wie es in der Praxis läuft. Dann wollte mich die ÖTV nicht mehr gehen lassen.“ Also wird er hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär, leitet drei Jahre lang das Büro für Verkehr und sonstige Dienstleistungen für den Hauptvorstand in Berlin. Dann kehrt er zurück in die westfälische Heimat.

Den Privatmann Rainer Schmeltzer gibt es fast nicht, für Dinge abseits der Partei- und Gewerkschaftsarbeit bleibt nicht viel Zeit. Seit er nach einem Unfall 1994 in seinen sportlichen Aktivitäten eingeschränkt ist, bleibt ihm nur noch Rad fahren und Schwimmen. „Wenn ich mal Zeit habe, dann verbringe ich diese Zeit mit meiner Lebensgefährtin. Und



Rainer Schmeltzer (SPD)

Sie werden es nicht glauben. Es ist so schön, in seiner Freizeit einfach mal zu gammeln und zu relaxen. Das macht schon Spaß“, meint er, um gleich wieder auf sein nächstes großes – politisches – Ziel zu sprechen zu kommen: die Kommunalwahl 2004. „Ich peitsche die Wahl nach vorne auf Teufel komm raus. Die haben wir verloren. Da will ich wieder eine Mehrheit und einen sozialdemokratischen Bürgermeister.“ Und dafür muss er nah an den Menschen sein: „Bei mir landet alles, da kann man nicht sagen, da bin ich nicht für zuständig, gehen Sie zum Kollegen, sondern Sie müssen sich um alles kümmern.“

Und natürlich beschäftigt ihn auch die bevorstehende Bundestagswahl – gerade jetzt in Wahlkampfzeiten. Der sei früher ganz anders gewesen, erinnert er sich, jedenfalls zu der Zeit, als er begann sich für Politik zu interessieren. „Heute ist es zu einem Medienwahlkampf geworden“, beklagt Schmeltzer. Heute müsse man die Leute mit neuen Dingen überraschen, „einer guten Internet-Seite beispielsweise und sie müssen Events starten, das war früher alles anders. Früher mussten sie laut sein und kämpfen.“ Und noch etwas habe sich geändert in den vergangenen 25 Jahren: Das Interesse der Jugend an politischen Themen habe spürbar nachgelassen, so Schmeltzer. Und so versucht er immer wieder, in Diskussionen mit den Freunden seines 16-jährigen Sohnes Überzeugungsarbeit zu leisten und die Jugendlichen für Politik zu begeistern. Bislang ist das nur bei seinem eigenen Sohn gelungen, auch wenn der Vater gar nicht allzu viel dafür tun musste. Der Sohnemann wollte nämlich schon mit 14 in die SPD eintreten. Und das war selbst Rainer Schmeltzer zu früh: „Ich habe ihn zu überzeugen versucht, dass ich das für etwas zu früh halte, ihm aber die Entscheidung überlassen.“ Marcel hat dann noch zwei Jahre gewartet mit der Mitgliedschaft. In dieser Hinsicht ist er also in jedem Falle ganz der Vater.

Ralph Goldmann

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 5. Juli bis 16. September 2002

- 5.7. **Bernhard von Grünberg** (SPD), 57 J.
7.7. **Wolfgang Clement** (SPD), 62 J.
7.7. **Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE), 49 J.
12.7. **Angela Freimuth** (FDP), 36 J.
13.7. **Ilse Brusis** (SPD), 65 J.
15.7. **Jürgen W. Möllemann** (FDP), 57 J.
18.7. **Dr. Hans-Joachim Franke** (CDU), 63 J.
20.7. **Donata Reinecke** (SPD), 58 J.
22.7. **Helmut Stahl** (CDU), 55 J.
22.7. **Dr. Axel Horstmann** (SPD), 48 J.
23.7. **Marlies Stotz** (SPD), 43 J.
24.7. **Dr. Renate Düttmann-Braun** (CDU), 58 J.
25.7. **Michael Scheffler** (SPD), 48 J.
27.7. **Klaus Strehl** (SPD), 59 J.
28.7. **Franz-Josef Pangels** (CDU), 67 J.
29.7. **Wolfgang Kölker** (CDU), 43 J.
30.7. **Peter Budschun** (SPD), 62 J.
31.7. **Lothar Niggeloh** (SPD), 63 J.
- 1.8. **Ellen Werthmann** (SPD), 65 J.
4.8. **Hannelore Brüning** (CDU), 60 J.
5.8. **Thomas Kufen** (CDU), 29 J.
7.8. **Vera Dedanwala** (SPD), 59 J.
9.8. **Rüdiger Sagel** (GRÜNE), 47 J.
10.8. **Irmgard Mierbach** (SPD), 60 J.
11.8. **Gerhard Wächter** (CDU), 56 J.
13.8. **Dietrich Kessel** (SPD), 61 J.
14.8. **Dr. Stefan Grill** (FDP), 41 J.
20.8. **Wolfgang Drese** (SPD), 59 J.
20.8. **Axel Dirks** (SPD), 56 J.
21.8. **Ilka Keller** (CDU), 58 J.
21.8. **Werner Jostmeier** (CDU), 52 J.
23.8. **Dr. Annemarie Schraps** (CDU), 66 J.
28.8. **Edgar Moron** (SPD), 61 J.
29.8. **Richard Blömer** (CDU), 58 J.
29.8. **Felix Becker** (FDP), 53 J.
29.8. **Ursula Doppmeier** (CDU), 50 J.
31.8. **Herbert Reul** (CDU), 50 J.
- 2.9. **Wilhelm Lieven** (CDU), 68 J.
2.9. **Jamal Karsli** (fraktionslos), 46 J.
3.9. **Karin Jung** (SPD), 60 J.
6.9. **Jürgen Jentsch** (SPD), 63 J.
11.9. **Gabriele Kordowski** (CDU), 49 J.
15.9. **Dr. Stefan Berger** (FDP), 33 J.
16.9. **Britta Altenkamp-Nowicki** (SPD), 38 J.

★

Horst Sommerfeld, ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter und verbraucherpolitischer Sprecher seiner Fraktion, ist erneut für drei Jahre in den Verwaltungsrat der Verbraucherzentrale NRW gewählt worden.

★

Anke Brunn, SPD-Abgeordnete aus Köln und von 1985 bis 1998 Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW, wurde als neues ordentliches Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss begrüßt. Sie gehörte dem Haushaltsausschuss bereits in der zurückliegenden 12. Wahlperiode an.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Sommerpause im Landtag – immer wieder auch das Signal für Techniker, Handwerker und Spezialisten, im „Hohen Hause“ Reparaturen und Verbesserungen vorzunehmen. Diesmal ist die gesamte Diskussionsanlage im Plenarsaal an der Reihe. Schon seit einigen Jahren gibt es dafür keine Ersatzteile mehr; wenn etwas kaputtging, musste auf vorsorglich eingelagerte Bauteile zurückgegriffen oder improvisiert werden. Damit ist jetzt Schluss, wenn in der Sommerpause die komplette Anlage erneuert, auf digitalen Standard gebracht und akustisch wesentlich verbessert wird. Dazu muss der Plenarsaal freigeräumt werden, ein Gerüst wird aufgebaut, um sicheres und präzises Arbeiten an der Decke mit ihren zahlreichen Lautsprechern und Kabelleitungen zu ermöglichen.

Foto: Schälte